

Rot-Grüne „Ökosteuer“!

Jubiläumsausgabe:
25 Jahre Kampf
für Sozialismus

Viel Steuer wenig Öko

Viele, die die Nase voll hatten von 16 Jahren Umverteilungspolitik a la CDU, haben am 27. September aufgelegt: Endlich ist Kohl weg! Zu Euphorie hat der SPD-Wahlsieg aber bisher keinen Anlaß gegeben. Vom viel beschworenen Politikwechsel ist nicht viel zu sehen. Zum Beispiel die „ökologische Steuerreform“, das Herzstück des rosa-grünen Koalitionsvertrags.

Daniel Behruzi, Köln

Was ist daran ökologisch, die Verbrauchssteuern auf Energie zu erhöhen um die Lohnnebenkosten zu senken? Soll die Rentnerin im Winter ihre Wohnung halt ein bißchen weniger heizen, wenn die Rente nicht für das Heizöl reicht? Wenn die Leute genau so viel einsparen würden, wie die Energiepreise erhöht werden, würde ja gar nichts für die Senkung der Lohnnebenkosten übrig bleiben. Deshalb wird uns ja auch gar nicht die Möglichkeit gegeben Energie zu sparen. Oder werden die Einschränkungen des 35DM-Tickets jetzt wieder rückgängig gemacht, die Streckenstilllegungen bei der privatisierten Bahn gestoppt und die Fahrpreise radikal gesenkt? Wohl nicht.

Die wirkliche Energieverschwendung, die „energieintensive Industrie“ ist auch noch von der Steuererhöhung ausgenommen! So werden mit dem falschen Etikett „ökologisch“ wie zu Kohlzeiten weiter die einfachen Leute geschrippt. Nur draufzahlen bei der Steuerreform müssen Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger und Studierende, weil sie durch die gesenkten Abgaben nicht entlastet werden.

Die Regierung ist bereit für den Transrapid 6,1 Milliarden DM auszugeben. Warum stecken sie dieses Geld nicht in den Ausbau des Bahnverkehrs? Eine wirklich ökologisch-soziale Steuerreform würde zum Beispiel die Vermögenssteuer wieder einführen um Geld für Umweltschutzmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Sie würde an die Profite der Atomlobby und der Autoindustrie rangehen und damit er-

neuerbare Energien fördern.

Auch sonst sind in der Koalitionsvereinbarung nicht viele Verbesserungen für die Masse der Bevölkerung enthalten. Dabei hätte die neue Regierung alle Möglichkeiten, die Umverteilung nach 16 Jahren endlich umzudrehen. Warum trauen sie sich nicht an die Milliardäre und Milliardäre, die sich unter Kohl dumm und dusselig verdient haben (siehe Kästen)?

Wirtschaftskrise

Im Wahlkampf hat die CDU gelogen: „Der Aufschwung ist da!“ und Schröder hat gesagt: „Das ist mein Aufschwung!“. Das Gegenteil ist der Fall: Die Weltwirtschaft treibt auf die Rezession zu. 40% der Welt sind bereits in der Krise. Deutschland wird ihnen im nächsten Jahr folgen.

Was wird das für die Politik dieser Regierung heißen? Schon jetzt bringt sie kaum Verbesserungen für Arbeitnehmer und Arbeitslose. Wie wird das denn erst aussehen, wenn es mit der Wirtschaft bergab geht? Dann werden Schröder und Fischer die CDU-Regierung in Bezug auf Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung noch in den Schatten stellen. Sie sind nicht bereit, sich mit den Bonzen anzulegen. Deshalb werden sie sich mit uns anlegen.

Druck machen

Wir sollen Schröder schon jetzt zeigen, daß wir nicht schwach sind. Millionen sind stärker als Millionen und Politiker! Wie die Schützenmen, Rentnerinnen und Arbeiterinnen in Frankreich sollen wir auch die neue Regierung durch Proteste auf der Straße und in den Betrieben unter Druck setzen.

Das Erbe der Kohlregierung: Privater Reichtum - öffentliche Armut

Die neue rot-grüne Bundesregierung spricht davon, das schwere Erbe von 16 Jahren Kohl-Regierung antreten zu müssen. Zum „Erbe“ gehören aber nicht nur leere öffentliche Kassen, die von Kohl für seine reichen Freunden geplündert worden sind. Zum „Erbe“ gehören nach 16 Jahren Umverteilungspolitik auch gigantischer Reichtum, immense private Vermögen und riesige Unternehmensgewinne. Warum war von diesen Geldern nicht die Rede bei den Koalitionsverhandlungen? Warum tasten SPD und Grüne nicht die Gewinne der Unternehmer und die angehäuften Schätze auf den Konten der Reichen und Superreichen an?

Zahl der Millionäre: 1998: 200.000
1983: 100.000

Die reichsten 6 Prozent der Bevölkerung besitzen etwa ein Drittel des gesamten Geldvermögens (insgesamt 4,3 Billionen DM)

durchschnittliche Steuern für Unternehmer:
1980: 33,6% 1993: 18,6%

Lohnquote (Anteil der Lohnabhängigen am Volkseinkommen):
auf dem tiefsten Stand seit 1965

Beispiel Deutsche Bank von 1990 bis 1993:
Gewinne: +77% und Steuern: -9%

4.500 Einkommensmillionäre in Hamburg: Jeder zweite zahlt keine Steuern

UNSER STANDPUNKT

ge der Macht gelassen zu werden. Zum Thema Atomausstieg soll erstmal die Atomlobby freundlich befragt werden und die Bundeswehr darf ihre Kanonen endlich auf der ganzen Welt für die Interessen der deutschen Großkonzerne schießen lassen.

Die Koalitionsvereinbarung entpuppt sie sich bei genauer Betrachtung als Mogelpackung. Die Umsetzung der wenigen Verbesserungen ist keineswegs sicher. Alles steht unter einem „Finanzierungsvorbehalt“. Schröder hat, wegen dem Gejammer der Kapitalisten, jetzt schon „Nachbesserungen“ angekündigt.

Im Großen und Ganzen werden Schröder und Fischer die Fortsetzung Kohlischer Politik betreiben, garniert mit rosa-grüner Rhetorik. Dabei hätte die neue Regierung alle Möglichkeiten, das Leben der einträchtigen Menschen real zu verbessern. Jahrelang hat die alte Regierung von unten nach oben umverteilt. Wenn die Unternehmen in Deutschland heute noch so viel Steuern zahlen würden wie 1980, dann wären jährlich 100 Milliarden DM mehr in der Staatskasse. Warum nimmt die neue Regierung nicht zuallererst alle Steuergeschenke an die Reichen zurück? Stattdessen hat sie beschlossen, die Vermögenssteuer wieder einzuführen.

Der Grund ist, daß auch diese Regierung letztendlich nicht die Interessen von arbeitenden und arbeitslosen Menschen, sondern die Interessen der Banken und Konzerne vertritt. Warum sollte Schröder, der im Aufsichtsrat der Preussen Elektra sitzt, den Atomausstieg beschließen? Warum sollten Politiker mit 20.000 DM Monatsentlohnungen ihre reichen Freunde zur Kasse bitten?

Wir können uns nicht darauf verlassen, daß diese Regierung unsere Probleme löst. Vor dem Hintergrund der einsetzenden Weltwirtschaftskrise wird auch die neue Regierung versuchen, arbeitende und arbeitslose Menschen für die Krise ihres Systems zahlen zu lassen.

Wir müssen selbst aktiv werden, wenn wir wollen, daß sich wirklich etwas ändert. Durch Proteste in den Betrieben und auf der Straße kann die Regierung dazu gezwungen werden Verbesserungen zu beschließen. Vor allem in den Gewerkschaften muß jetzt Druck gemacht werden. Die anstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst ist ein Prüfstein: Nach jahrelangem Reallohnverlust brauchen wir endlich mal wieder eine kräftige Lohnerhöhung.

Was ist der Grund dafür, daß Rot/Grün keine Alternative zur bisherigen Regierungspolitik anzubieten hat? Der Grund ist, daß diese Parteien keine Alternative zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anzubieten haben. Sie können sich entweder mit diesem System oder mit den arbeitenden und arbeitslosen Menschen anlegen. Da sie dieses System für die beste aller möglichen Welten halten, haben sie sich gegen uns entschieden.

Für uns kommt es jetzt darauf an, den Druck von unten zu organisieren. Die PDS könnte ihre gestärkte Position nutzen, um Arbeiter und Jugendliche zu mobilisieren. Leider beschränkte sie sich bisher aber darauf, im Parlament gute Reden zu halten.

Der Aufbau einer sozialistischen Arbeiterpartei tut not, einer Partei, die die Bedürfnisse der Menschen und nicht die Profite der Unternehmer zum Maßstab für ihre Politik nimmt, die die arbeitenden und arbeitslosen Menschen im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen und für eine sozialistische Alternative mobilisiert. Die SAV will einen Beitrag dazu leisten, eine solche Partei aufzubauen. Mach mit!

SPD - Vorbild Labour?

„Daß bei der Labour-Partei Sand im Getriebe ist, bekamen einige Besucher des Parteitages bereits auf dem Hinweg ins nordenglische Seebad Blackpool zu spüren. Mehrere Züge der privaten Eisenbahngesellschaft Virgin blieben auf halber Strecke liegen. Für die Kritiker der Parteiführung zeigt die Panne der privaten Bahn einmal mehr, daß Blair mit seinem wirtschaftsliberalen Kurs nach deren Meinung auf dem Holzweg ist: Virgin gehört zum Imperium von Richard Branson, einem Blair-Freund- und Vorzeigenehmer von „New Labour“.“ (Aus: Handelsblat, 30.9.98) SPD und Grüne wollen an der Privatisierung der Bahn in Deutschland festhalten.

Gentechnikpolitik Verantwortungslos

„Freisetzen gentechnisch manipulierter Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen sind unverantwortlich und in ihren Folgen nicht beherrschbar. Gentechnologie ist eine genetische Umwelverschmutzung. Sie ist in ihren Folgen unberechenbar und daher nicht zu verantworten.“ (Bundesstagswahlprogramm der Grünen)

„Die neue Bundesregierung wird die verantwortbaren Innovationspotentiale der Bio- und Gentechnologie systematisch weiterentwickeln. ... Freilandversuche und das Inverkehrbringen müssen wegen der langfristigen Auswir-

kungen des Anbaus transgener Pflanzen in einem Langzeit-Monitoring wissenschaftlich begleitet werden. ... Die Zuständigkeit für Genehmigungen bei der Freisetzung und beim Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen werden überprüft.“

(Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen). Die biblischen Wunder verblissen vor der wundersamen Wandlung der Grünen: Die Regierungsbeteiligung gibt ihnen die Kraft, zu beherrschen was gestern noch unbeherrschbar und zuständigkeitshalber zu verantworten, was gestern noch nicht zu verantworten war.



Die neue Regierung wil sich am Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen. Geld für sinnvoll und angemessen bezahlte Arbeitsplätze will sie nicht locker machen.

Vorbild Jospin?

Die sozialdemokratisch geführten Regierungen in Britannien und Frankreich sind die großen Vorbilder der Schröder-Regierung. Deshalb lohnt sich ein Blick über die Grenzen um zu sehen, was uns erwartet. Während Tony Blair in Britannien und GewerkschafterInnen und Linken hierzulande richtigweise als Vorreiter des Neoliberalismus gesehen wird, haben einige von der „Linksregierung“ in Frankreich eine bessere Meinung.

Daniel Behruzi, Köln

Um die konservative Regierung unter Juppé endlich loszuwerden, haben die französischen ArbeiterInnen vor rund anderthalb Jahren Sozialdemokraten und Kommunisten an die Regierung gewählt. Von Anfang an waren die arbeitenden Menschen in Frankreich allerdings skeptisch gegenüber der neuen Regierung unter Premierminister Jospin. Es hat sich herausgestellt, daß diese Skepsis voll und ganz gerechtfertigt war. Wie sieht die Bilanz der Regierung aus?

Vielen GewerkschafterInnen hierzulande wird das Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche als eine positive Reform im Sinne der Arbeiterklasse wahrgenommen. Allerdings wurde die Jospin-Regierung zu dieser Initiative durch die andauernden Proteste der französischen ArbeiterInnen gezwungen. Was Jospin aber nun daraus gemacht hat, ist alles andere

es nicht für einen großen Teil des staatlichen Sektors und für Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten, in denen ein Drittel aller

ArbeitnehmerInnen der Privatwirtschaft arbeiten. Für die restliche Beschäftigten soll die 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich ab dem Jahr 2000 eingeführt werden. Allerdings wird die Umsetzung vor 2000 noch einmal unter Einbeziehung von Verhandlungsergebnissen auf Betriebsebene und der gesamtwirtschaftlichen Lage (also mit Veränderungen zuungunsten der Arbeiterklasse) neu festgelegt.

Jetzt schon hat sich aber das Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche als Instrument zur völligen Flexibilisierung der Arbeitszeiten entpuppt. Die 35 Stunden werden auf das ganze Jahr gerechnet und nach den Bedürfnissen der Arbeitgeber einzusetzt. Das heißt, die ArbeiterInnen müssen ohne Überstundenzuschlässe bis zu 60 Stunden in der Woche arbeiten, wenn der Betrieb gerade einmal viele Aufträge hat. Die Arbeitskräfte können so effektiver ausbeutet werden.

Die Betriebe, die von dem Gesetz betroffen sind, sollen 6% mehr Beschäftigte einstellen. Dafür erhalten sie aber staatliche Zuschüsse, die die Einstellungskosten sogar noch übersteigen. Das heißt, die Arbeitgeber können mehr Arbeiter für sich arbeiten lassen, ohne das es sie etwas kostet! Die „Linksregierung“ mußte sich von Beginn an mit Prote-

waren die „sans papiers“, ImmigrantInnen ohne Aufenthaltsgenehmigung, die durch Kirchenbesetzungen und Demonstrationen auf ihre Lage aufmerksam machen. Mit dieser Bewegung konfrontiert, versprach Innenminister Chevènement die Rücknahme der rassistischen Ausländergesetze der Juppé-Regierung und die Breilung von Aufenthaltsgenehmigungen für die „sans papiers“. Was hat er gemacht? Die rassistischen Gesetze wurden noch verschärft. 160.000 „sans papiers“ stellten Anträge auf eine Aufenthaltsgenehmigung. 30.000 davon wurden Aufenthaltsgenehmigungen für ein Jahr erteilt und vom Rest wurde der größte Teil abgeschoben!

Auch die Jugend hat von der „Linksregierung“ nicht profitiert. Die beschlossene Reformierung des Hochschulgesetzes beinhaltet Schritte in Richtung Privatisierung der Hochschulen. Während SchulerInnen für jeden Franc mehr für die Bildung einen erbitterten Kampf führen müssen, beschließt die Jospin-Regierung die Atom-U-Boote Frankreichs für schlappe 7,5 Mrd.DM zu modernisieren. Sollen wir also nach Frankreich gucken? Ja, wir gucken nach Frankreich! Aber nicht auf Jospin, sondern auf die Arbeiter, Arbeitslosen, Studierende und zuletzt SchülerInnen und sogar Rentner, die zu Hunderttausenden auf die Straße gehen, um für ihre Rechte auch gegen die neue Regierung und ihre Unternehmer-

Arbeiter, Arbeitslose und die Jugend, und nicht Schröder's „Neue Mitte“, haben Kohl nach 16 Jahren unsozialer Politik endlich auf Rente geschickt. Von der „neuen SPD“ und der grünen „Oko-FDP“ erwarten die meisten Menschen nur sehr wenig. Diese haben schon in den letzten Jahren in Ländern und Kommunen eine Politik von Stellenabbau, Gehühnerhöhungen und Privatisierungen betrieben.

Nach den ersten Reaktionen der Arbeitgeberverbände und rechten Politiker zu urteilen, konnte man meinen, die rot/grüne Koalitionsvereinbarung enthalte radikale Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache. Mit ihrem Geheule wollen die Wirtschaftsbosse uns auch auf die anstehende Krise vorbereiten. Sie wollen von der Tatsache ablenken, daß ihr Wirtschaftssystem solche Krisen notwendigerweise hervorbringt und nebenbei noch ein bißchen mehr abrocken.

Leider ist an dem Gejammer der Kapitalisten aber nicht viel dran. Eine radikale Änderung der Politik steht mit Schröder und Fischer nicht auf der Tagesordnung. Diese wäre aber verdammt notwendig, um auch nur die drängendsten Probleme zu beseitigen.

Vor allem zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind radikale Maßnahmen notwendig. Im Koalitionsvertrag ist davon aber weit und breit nichts zu sehen. Nichts steht da vom sofortigen Stop des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst, nichts von radikaler Arbeitszeitverkürzung bei vollen Lohn- und Personalausgleich, nichts von einem öffentlichen Investitionsprogramm um gesellschaftlich notwendige Arbeiten im Umweltschutz, der Alten- und Krankenpflege, usw. durchzuführen.

Stattdessen plant die neue Regierung ein „Sofortprogramm zur Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen für Jugendliche“, aber für die Finanzierung dieses Programms werden vor allem Mittel eingesetzt, die sonst für die Bezahlung der Jugendarbeitslosigkeit ausgegeben werden müßten. Das läßt vermuten, daß wie in Britannien arbeitslose Jugendliche zu Arbeitsgezwungen werden sollen, die mit nicht viel mehr bezahlt werden als dem Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe. Bei offiziell 4,4 Millionen Arbeitslosen wäre das sowieso weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Zum Teil enthuistiasisch aufgenommen wurde die Ankündigung der neuen Regierung, einem Teil der hier lebenden AusländerInnen die Einbürgerung zu erleichtern. Auch wenn eine Voraussetzung die „Unterhaltsfähigkeit“ ist und AusländerInnen erst einmal eine achjährige Probezeit durchlaufen müssen, werden viele dies als eine reale Verbesserung empfinden. Für Flüchtlinge entfällt der Koalitionsvertrag aber kaum Verbesserungen. Zwar sollen „geschlechtsspezifische Verfolgungsgünde“ zukünftig anerkannt werden, aber das hilft den Frauen wenig, die wegen der sogenannten Drittstaatenregelung höchstens noch mit dem Fallschirm Deutschland erreichen können. Und was ist denn mit den Frauen die tagtäglich auch unter der neuen Regierung in Folterstraßen abgeschoben werden? Die Grünen, die noch in ihrem Wahlprogramm den „Schutz von Flüchtlingen zum obersten Prinzip der Asylpolitik“ erhoben haben, wollen nicht Schluss machen mit dem Einsperren unschuldiger Menschen in Abschiebekrästen!

Die neue Regierung setzt die rassistische Politik der alten fort. Keines der unter Kohl verschärften rassistischen Ausländergesetze soll nun ganz zurückgenommen werden.

Die Grünen haben auch in anderen Fragen all ihre Prinzipien über Bord geworfen, um schnell an die Futtertrö-

Rote Socken farbecht?

Bei der Bundestagswahl zog die PDS zum ersten Mal in Fraktionsstärke in den Bundestag ein und in Mecklenburg-Vorpommern bereitete sie sich auf eine gemeinsame Regierung mit der SPD vor. Auf dem Landesparteitag Anfang Oktober sprach PDS-Landeschef Helmut Hofter davon, daß die PDS jetzt an der Schwelle steht, sich „von einer Forderungspartei zu einer gestaltenden Kraft zu wandeln“. Die Frage ist nur, was sie gestalten wird: Den Kampf gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit oder rosa-rote Kürzungspolitik.

Christine Lehnert, Rostock

In Rostock hat die PDS in den vergangenen Jahren Kitzschliungen, der Wasserprivatisierung und der Hafenprivatisierung zugestimmt. Die privateisierte Hafenumschlagsgesellschaft steht jetzt vor dem Aus. 450 Kollegen droht die Arbeitslosigkeit. Hier wäre es an der PDS, ihren Fehler zu korrigieren und sich als „gestaltende Kraft“ zu beweisen. Sie könnte ihre Stärke auf Landesebene und besonders in

Rostock (hier erreicht sie 28,6 % der Zweitstimmen) nutzen, um sowohl mit der Belegschaft als auch der Rostocker Bevölkerung für die Rücknahme der Privatisierung und den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen. Schleimbar ist sie aber vollauf mit der Verteilung ihrer Ministerposten beschäftigt.

Die PDS kennt nur noch Fragen, an denen die Regierungsbeteiligung nicht scheitern darf.

Die PDS kennt nur noch Fragen, an denen die Regierungsbeteiligung nicht scheitern darf. Den Widerstand gegen den Transrapid hat sie aufgegeben, obwohl sie ihn vor der Wahl noch als „ökologisch unvertretbar und ökonomisch unsinnig“ verhindern wollte. Die Autobahn A20 hat sie gleich mit abgenickt. Die GegnerInnen dieser umweltzerstörenden Mammutprojekte läßt sie im Regen stehen. Wenn die PDS eine sozialistische Partei wäre # und nicht nur Sonntags, sondern auch an

Rot-Grün kürzt bei Kindern

„Ein ausreichendes Angebot an Kindertagesstätten und Ganztagsbetreuung ist zu gewährleisten. Die Kinderbetreuungsangebote für Kinder aller Altersgruppen sollen ausgebaut werden. In den neuen Ländern sollen die bestehenden Betreuungsmöglichkeiten gesichert werden“ heißt es in dem Koalitionsvertrag von SPD und Grünen.

Doch wie ernst ist das gemeint? Ein Vergleich mit dem Koalitionsvertrag zwischen Rot-Grün im Land NRW aus dem Jahr 1995 ist aufschlußreich:

Kinderbetreuung kürzen. Dies ist ein nicht annehmbarer Angriff auf Kinder, Eltern und ErzieherInnen. ... Viele Gruppen sind zu groß, personell und räumlich schlecht ausgestattet. Von einer guten pädagogischen Betreuung kann angesichts großer Gruppen und personeller Unterbesetzung oft keine Rede sein... Die geplante „Nachmittagsausdehnung“ geht voll zu Lasten der Kindergartenkinder und ErzieherInnen. ... Obwohl sich pädagogische Standards damit verschlechtern, sollen gleichzeitig die Elternbeiträge weiter erhöht werden. ...

Abschnitt 3.1. trägt die Überschrift: „Betreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen ausbauen“

Hier steht u.a.: „Die Landesregierung wird in dieser Legislaturperiode besonderes Gewicht auf den Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder legen. Dazu gehören neben Plätzen in Kindergärten Plätze für unter 3jährige sowie Hortplätze und die Weiterentwicklung neuer Formen von Betreuungsangeboten für Schulkinder... Der pädagogische Standard in den Kindergärten muß erhalten bleiben. Eine Anhebung der Gruppenstärke in den Tageseinrichtungen für Kinder lehnen wir ab. Die Betreuungsangebote in Tageseinrichtungen für die Altersgruppe der unter 3-jährigen und der 6- bis 14-jährigen werden kontinuierlich verstärkt.“

Und nun die Praxis: Kurz vor der Bundestagswahl hat die Rot-Grüne Landesregierung drastische Sparmaßnahmen bei der Kinderbetreuung beschlossen. Dagegen demonstrierten im September 9.000 ErzieherInnen, Eltern und Kinder vor dem Düsseldorfer Landtag. Bisher ohne Erfolg. Wir dokumentieren hier Auszüge aus einem Flugblatt Kölner Elterninitiativen:

„Nein zur Vernichtung von 4.000 ErzieherInnenstellen Weg mit den Kürzungsplänen der rot-grünen Landesregierung... Die rot-grüne Landesregierung will 440 Millionen in der

Verträgen # dann würde sie folgende Position zu einer Regierungsbeteiligung einnehmen: Sie würde sagen, daß sie gewählt worden ist, weil die Menschen gegen die unsoziale Politik der rot-schwarzen Landesregierung der vergangenen Jahre sind. Sie würde sagen, daß sie bereit ist sich an der Regierung zu beteiligen. Wenn

den Koalitionsverhandlungen verbindlich festgehalten würde, daß es keine weiteren Kürzungen oder Verschlechterungen für die breite Masse der Bevölkerung geben wird. Aller Erfahrung nach würde die SPD solch einer Vereinbarung niemals zustimmen und eine Koalition mit der PDS ablehnen. Aber Widerstand gegen Sozialabbau und Gebührenerhöhungen kann auch außerhalb von Parlament und Regierung „gestaltet“ werden, und die PDS könnte eine entscheidende Rolle dabei spielen. Dann wäre auch klar, auf welcher Seite die SPD steht und auf welcher Seite die PDS.

Opposition

Auf Bundesebene ist die PDS als einzige große linke Oppositionspartei übriggeblieben, und es gibt bei vielen Hoffnungen und Wünschen, daß die PDS aus dieser Position etwas macht. Und tatsächlich könnte die PDS einiges in Bewegung setzen wenn sie nur wollte und wenn die „Partei des demokratischen Sozialismus“ ihren Namen zum Programm machen würde.

Gemeinsam mit ArbeiterInnen und Jugendlichen könnte sie sich gegen Stellen- und Sozialabbau zur Wehr setzen und für die Rücknahme sämtlicher Verschlechterungen, die durch die Kohleregierung eingeführt wurden, kämpfen.

Doch dafür müßte die PDS ein Konzept haben, wie denn alle unsere schönen Wünsche finanziert werden sollen und sie müßte auf die Kraft von



Gysi im Bundestagswahlkampf: „Wählen sie die PDS solange sie noch etwas Besonderes ist.“ Kann er diesen Spruch auch noch in vier Jahren bringen?

Unser Programm

★ Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Verkehr, Bildung und Soziales von 300 Milliarden Mark jährlich

Für 300 Milliarden können rund 2 Millionen Menschen in Arbeit gebracht werden.

Statt für die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen, zahlen wir Milliardensummen zur

Finanzierung der Arbeitslosigkeit

180 Milliarden Mark Ausgaben sowie Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialabgaben kostete 1996 die Arbeitslosigkeit (Iaur Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt

den Vorstoß der PDS in Mecklenburg-Vorpommern einen sofortigen Abschiebestop zu erwirken. Aber alle diese Dinge sind wieder angreifbar, wenn nicht die ArbeiterInnen und Arbeitslosen, die Jugendlichen und Rentner dahinter organisiert werden.

Und letztlich werden diese Reformen - wie immer im Kapitalismus - wieder angegriffen werden, denn schließlich bestimmen in dieser Gesellschaft die Unternehmer und Bankiers. Ein für uns alle erfolgreicher Weg kann also auch für die PDS nur über die Systemgrenzen hinausgehen - doch da verblassen die „roten Socken“.

Zu groß ist der Wunsch, systemkonform zu sein.

Es liegt an uns, gemeinsam eine kämpferische, sozialistische Partei aufzubauen, die sich nicht den Sachzwängen der Marktwirtschaft anpasst und deren rote Socken niemals ausbleichen.

★ Radikale Arbeitszeitverkürzung zur Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Arbeitszeitze Überstunden, verlängerte Lebensarbeitszeit für die einen, erzwungenes Nichtstun für die anderen - auch das ein schreiender Widerspruch der Marktwirtschaft.

Aufgrund des technischen Fortschritts und bei Verteilung der Arbeit auf alle können wir weniger arbeiten bei gleichem Lebensstandard. Durch technischen Fortschritt würde und wird die Produktivität gesteigert, mit immer weniger Arbeit können dieselben bzw. sogar mehr Werte produziert werden, die Gesellschaft wird nicht ärmer sondern reicher. Im Gegensatz zu dem, was uns die Gewerkschaftsführer glauben machen wollen, ist der Lohnausgleich bezahlbar.

★ Nein zu Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst

Zwischen 1992-96 sind über 500.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut worden, was zur Verschlechterung der Dienstleistungen wie auch der Arbeitsbedingungen führte. Notwendige Arbeits- und Dienstleistungen bleiben

den, was Arbeitsbedingungen, Löhne, Ausbildungsstellen, Gebühren und Services betrifft. Wir fordern die Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen und Neuestellungen, bei demokratischer Kontrolle des öffentlichen Sektors.

★ Überführung des großen Kapitals (Banken, Konzerne, Versicherungen) in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Planung

Im heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystem bereichert sich eine kleine Minderheit auf Kosten der übergroßen Mehrheit. Um Arbeit und gesellschaftliche



Ihr da oben ...

Marktwirtschaft New Labour in Großbritannien setzt voll auf die Marktwirtschaft. Dazu haben sie ihren Parteitag gleich mitvermarktet. Die Supermarktkette Somerfield hat 25000 Pfund (umgerechnet etwa 75000 Mark) dafür bezahlt, daß ihr Firmenemblem auf alle Delegiertenausweisen gedruckt wurde. Das Reiseunternehmen Thomas Cook zahlt den gleichen Betrag für einen Champagner Empfang mit Ministern. Wer mit den Labour-Gößen anstoßen will, muß dafür umgerechnet 600 Mark zahlen. Ein kleiner Firmenstand auf dem Parteitag kostet 21000 Mark. Da ist es eher unwahrscheinlich, daß Arbeitslose, Alleinerziehende oder Arme auch soviel Geld locker machen können, um bei Delegierten und Ministern für ihre Anliegen werben zu können.

Abkassieren

Die Kohl-Regierung hat die ArbeiterInnen schon altherhand gekostet. Doch nicht genug damit! Dafür, daß wir die Bande endlich los sind, müssen wir nochmal blechen. Laut Bund der Steuerzahler wird der Regierungswechsel rund 200 Millionen DM kosten. Der Grund: Kanzler, Minister, Staatssekretäre und sonstige, wichtige Figuren haben nämlich „Anspruch“ auf frühzeitige Pensionen, sogenannten Übergangsgeld usw... Z.B. Regierungssprecher Hauser: Er war sagenhafte 3 Monate im Amt und Wirden (Staatssekretär). Er bekommt drei Monate Übergangsgeld von 20.000,-DM, ein Weibnachsgehd von 16.600,-DM, danach 3 Monate je 15.000,-DM, dann noch 22 Monate Abgeordneterübergangsgeld von 10.300. Der Gipfel: ab 55 eine Pension von 7.000,-DM.

Freiheit

„Auch im kommenden Schuljahr müssen sich die Erziehungsberechtigten nach dem Lernermittelfreiheitsgesetz (LFEG) wieder an den Kosten für die Beschaffung von Schulbüchern beteiligen. Deshalb darf ich Sie bitten, Ihrem Kind 20 DM mit in die Schale zu geben.“ Diese Aufforderung ergeht alljährlich an die Eltern schulpflichtiger Kinder in Nordrheinwestfalen. „Wort dabei die „Freiheit“ besteht bleibt das Geheimnis des Schulministeriums.

Keine Garantie

Die Betreiber der deutlichen Atomkraftwerke können nach eigenem Bekunden nicht ausschließen, daß auch bei künftigen Atommillitransporten die geltenden Strahlengrenzwerte überschritten werden. Deswegen wollten sie aber nicht auf künftige Transporte verzichten. Ihr Motto: Legal - illegal - schiefegal.



... wir hier unten

Kein Großklinikum in Stuttgart!

Vier Stuttgarter Krankenhäuser sollen zu einem Großklinikum unter privatem Management zusammengefasst werden. Für Beschäftigte und Stellenbau, verschärfte Arbeitsbedingungen und eine schlechtere Gesundheitsversorgung, für die Sana (Privatfirma) höhere Profite.

Schon seit Jahren hat die Stadt das Management ihrer Krankenhäuser einer Privatfirma übertragen, der Sana, einer Tochterfirma von privaten Krankenversicherungen, hinter denen Großkonzerne wie die Allianzversicherung stehen.

In der Zeit von '92 bis '97 hat die Sana 32 Millionen DM an Managergehältern, Erfolgsprämie etc. kassiert. Der „Erfolg“ bestand im Abbau von 620 Arbeitsplätzen und der Privatisierung von Reinigung, Porten und Küchen. Zum Beispiel müssen Reinigungskräfte in einem Krankenhaus in derselben Zeit die dreifache Fläche putzen. Die Folge: mehr Arbeitsstress, weniger Hygiene. Trotz steigender Patientennutzahlen wurden Betten abgebaut. Das heißt: die Patientinnen werden heimgeschickt, sobald sie weniger Pflege brauchen. Mehr Patientinnen werden von weniger Personal in kürzerer Zeit behandelt.

Durch die Zusammenlegung ist mit der Schließung weiterer Stationen zu rechnen, die dann quasi doppelt wären. Auch die Interessenvertretung der Beschäftigten bleibt nicht verschont. Der CDU-Obertürmermeister Schuster weigert sich, den Erhalt der vier Personalräte zuzusichern.

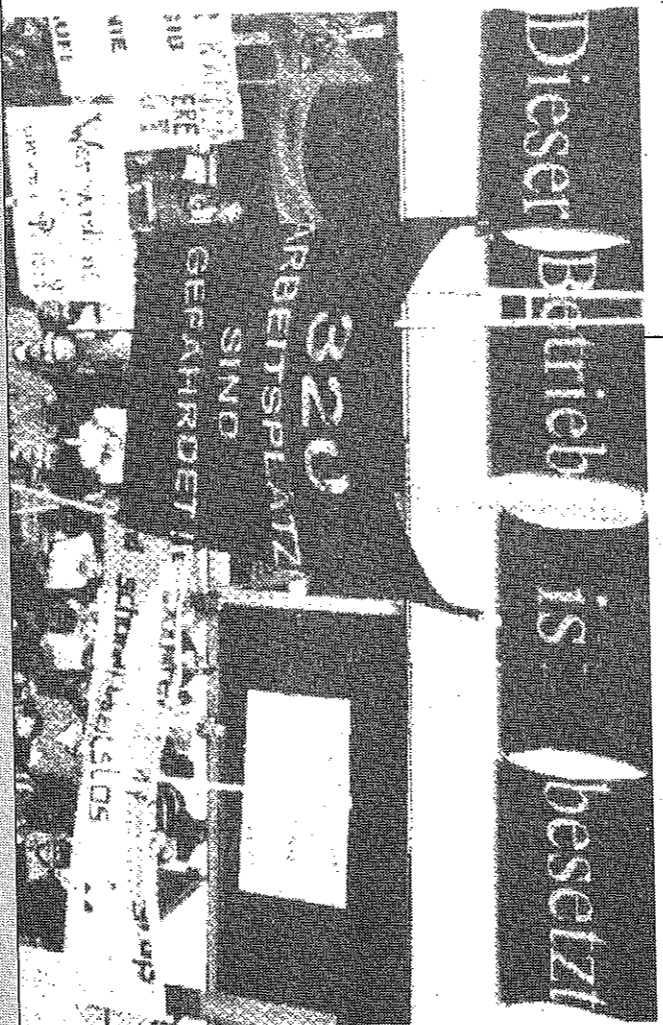
Die Stadtverwaltung hat versucht, das Großklinikum in wenigen Monaten durchzusetzen. Um das zu verhindern, wäre eine geschlossene Gewerkschaft aller Beschäftigten nötig gewesen. Als ersten Schritt hatte die Sozialistische Alternative (SAV) einen Streik- und Aktionstag für den

Tag der Gemeinderatsentscheidung vorgeschlagen. Dafür sammelten wir bei Wohnheimbesuchen und Infosuchen Unterschriften. Eine wichtige Rolle in unserer Kampagne spielte unser Bundestagskandidat Dieter Janßen, der selbst in einem der betroffenen Krankenhäuser arbeitet.

Leider unterstützen selbst linke Gewerkschafter unsere Forderungen nicht. Die ÖTV zeigte keinen Weg zur Veränderung der Pläne auf. Auf einer Personalversammlung, acht Tage vor der Gemeinderatsentscheidung, wurden zwar die Sana-Manager und Oberbürgermeister Schuster hart angegriffen, aber die Betriebschaft, sich zu wehren, verpuffte.

Inmitten wurde erreicht, daß die Fusion auf den 1. Juli verschoben wurde. Starke Betriebsgruppen müssen aufgebaut werden, um sich gegen die Auswirkungen der Fusion wehren zu können. Und innerhalb der ÖTV muß eine kämpferische Opposition organisiert werden.

Tinette Schnatterer, Wolfram Klein, Stuttgart



Betrieb und Bankfilialen besetzt. Seit Wochen kämpft die Belegschaft des Textilmaschinenherstellers Universal in Aalen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Sie hatten den Betrieb besetzt. Zwischenzeitlich besetzten sie für einen Tag auch die örtlichen Filialen der Deutschen Bank, der Commerzbank, der Dresdener Bank sowie der Baden-Württembergischen Bank. Die Banken hatten sich aus einem Sanierungskonzept zurückgezogen mit der Folge, daß der Betrieb und sämtliche 320 Arbeitsplätze vor dem Aus stehen.

Kahlschlag im Berliner Gesundheitswesen

In Berlin sollen sieben Krankenhäuser geschlossen werden und alle städtischen Kliniken in private Hände übergehen; die ÖTV geht vom Abbau von bis zu 10.000 Arbeitsplätzen aus.

Das steht das vom Berliner Senat und von der AOK im Auftrag gegebene „Krankenhaus-Gutachten“ vor, das Mitte August veröffentlicht wurde.

In der Begründung wird Klarheit geredet: „Es bestehen daher keine ernstlichen Zweifel daran, daß ein Krankenhaus als Wirtschaftsbetrieb und damit auch als Unternehmen im betriebswirtschaftlichen Sinne anzusehen ist. Dies sind Betriebe des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems, die durch die Möglichkeit, ihren Wirtschaftsplan selbst zu bestimmen und nach größtmöglichem Gewinn zu streben, gekennzeichnet sind.“ (aus Teil I, Kapitel 6, S. 142).

In Berlin drohen in den nächsten Monaten außerdem betriebliche Kündigungen im gesamten öffentlichen Dienst und der Verkauf der BVG an die Bahn AG. 57

Schulen sollen an private Investoren verkauft und von der Stadt zurückgemietet werden, (übrigens ziehen hier auch alle PDS-regierten Bezirke in Ost-Berlin mit).

Die SAV wird Unterschriften gegen die Kürzungen im Gesundheitswesen und mit der Aufforderung an die ÖTV-Führung sammeln. Eine berlinweite Streik- und Protesttag könnte der Ausgangspunkt für die Vorbereitung eines unbefristeten Streiks aller Kliniken sein. Notwendig wären in diesem Fall unabhängige, demokratisch gewählte Streikkomitees, die auch eine Notversorgung sicherstellen würden. Darüber hinaus sind der Aufbau von Solidaritätskomitees und die Durchführung von Kundgebungen in den Stadtteilen nötig, um einen Brückenschlag zwischen Beschäftigten und Stadtbevölkerung zu erreichen # wie beim Kampf für den Erhalt des Hamburger Hafenkrankenhauses.

Gewerkschaftsfusion: Gemeinsam sind wir stark?

Die Gründung einer der weltweit größten Gewerkschaften bahnt sich an. Ablauf und die Bedingungen, wie dieser Zusammenschluß zustande kommen soll, läßt einen als kritisches Gewerkschaftsmitglied heilhörig werden.



Klar warum es die Spitzenfunktionäre so eilig haben: „Je länger man wartet und mit Bedenkenträgern diskutiert, desto schwieriger wird der Veränderungsprozeß.“

Co-Management

Im ÖTV-Magazin 3/98 faßte Herbert Mai die Ziele der Fusion folgendermaßen zusammen: „... Bindung der Kräfte vorstand der ÖTV nicht der an gehandelt, 5 Monate später die Mitgliedschaft mit seinem Fusionsplänen zu unserer Finanzzielen, mehr Wirtschaftlichkeit und Effizienz“.

Interview mit Herbert Mai in

meint ist: Kampf gegen Privatisierung, Kampf für offensive Forderungen und gegen tarifliche Verschlechterungen. Kräfte bündeln für branchenübergreifende Streiks, das wäre ein guter Ausgangspunkt um eine schlagkräftige und kämpferische Gewerkschaft zu gründen.

Doch muß dieser Gewerkschaftszusammenschluß mit der derzeitigen Position der Gewerkschaftsführung in Zusammenhang gebracht werden und die ist alles andere als kämpferisch. Das Problem ist, daß die Gewerkschaftsführung sich heute nur noch als „Gestaltungsmacht“ und nicht mehr als Gegenmacht sieht. Sie hat die Gesetzgebung des Marktes akzeptiert und betreibt Co-Management.

Servicebetrieb

Der Gewerkschaftszusammenschluß soll zu einem besseren Service und Besserem werden. Was in-

ter Serviceangebot gemeint ist, zeigt eine Broschüre der DPG. Diese bietet Mitgliedern Sonderkonditionen bei der Finanzierung eines Neuwagens oder Sonderpreise bei einer Kreuzfahrt. Sozialabbau wird nicht mehr bekämpft, sondern als Marktliche entlockt für von der Gewerkschaft organisierte Versicherungsleistungen. „...Angesichts der herrschenden arbeitnehmer- und sozialstaatsfeindlichen Politik, haben wir als Angebot eine private Kollektiv-Rentenversicherung für unsere Mitglieder...“ Die Gewerkschaften verkommen dadurch von der Arbeiterkampforganisation zum Gemischtwarenladen. Für einen Teil der Funktionäre sollen diese Servicebetriebe wahrscheinlich hochbezahlte Chefposten für die Fortsetzung ihrer Karriere schaffen.

An der Branche Telekommunikation läßt sich auch aufzeigen, daß es durch die Fusion nicht zu einem Abbau der gewerkschaftlichen Konkurrenz kommen wird. Bei der Firma Oseo haben ÖTV, IG-BCE und IGM die beiderseitigen Mitglieder organisiert. Und außerdem was immer die Gewerkschaften dem

Opposition in der ÖTV aufbauen
Einladung zum 5. bundesweiten Treffen vom „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ am Samstag, den 21. November im Willi-Seidel-Haus, Mühlgangasse 15 in Kassel. Beginn 10.00. Voraussichtliches Ende 17.00h

Tagungsprogramme:
1. Perspektiven und Aufgaben des Netzwerks nach dem Regierungswechsel
2. Tarifrunde 1999
3. Gewerkschaftsfusion
4. Berichte aus Betrieben

Set Sommer 96 gibt es das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“. Hier haben sich kritische Kolleginnen, Vertrauensleute, Personal- und Betriebsrat zusammengeschlossen für den Aufbau einer inner-gewerkschaftlichen Opposition.

In der Gründungsplattform des Netzwerks heißt es: „Die Aufgabe der ÖTV und aller Gewerkschaften wäre es, den Umruhr unter den Beschäftigten und in der Bevölkerung aufzugreifen, Argumente gegen die Unternehmer und Politiker zu liefern und einen Kampf dagegen zu organisieren. Stattdessen verstehen einige Gewerkschaftsfunktionäre ihren Job eher als Sprungbrett für die weitere Karriere.“ Wir, das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV, wollen den Kurs der ÖTV-Führung nicht länger hinnehmen. Wir setzen auf Gegenwehr anstatt auf Co-Management. Wir wollen Alternativen zur derzeitigen Gewerkschaftspolitik aufzeigen.

Netzwerk

Druck auf die ÖTV-Führung machen und selbst Initiativen zur Gegenwehr ergreifen

Bisher haben 4 bundesweite Treffen des Netzwerks stattgefunden. In einigen Städten gibt es lokale Gruppen. Bisher sind 2 Zeitungen und mehrere Flugblätter herausgegeben worden. Auf dem Gewerkschaftstag 1996 unterstützte das Netzwerk Manfred Engelhardt vom Aachener Studentenwerk als Gegenkandidat zu Herbert Mai. Kollege Engelhardt brachte mit seiner Kandidatur die Gewerkschaftsprämie in Aufregung und erhielt 5% der Stimmen.

Zur Tarifrunde 1999 hat der Sprecher der Netzwerke einen Musterantrag erarbeitet, der unter der Kontaktadresse angefordert werden kann. Der Netzwerksprecher hat die derzeit von oben in die Diskussion geworfenen Tarifforderungen zwischen 5 und 6,5% für absolut unzureichend. Vor dem Hintergrund massiver Reallohnrückgänge in den 80er und 90er Jahren, stark gestiegener Arbeitsproduktivität und anhaltender Arbeitsplatzvernichtung, hält der Sprecher Forderung von 400 bis 500 Mark und die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich für notwendig. Kernforderungen der Tarifrunde: Die Position des Netzwerks und das praktische Eingreifen in die Tarifrunde soll auf dem Netzwerktreffen im November diskutiert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Treffens ist die Erarbeitung einer Position zur geplanten Fusion mit GEW, DPG, HBV, IG Medien und DAG. Wegen dieses Themas sind kritische Mitglieder dieser Gewerkschaften ausdrücklich zum Netzwerktreffen eingeladen.

Weitere Infos über Angelika Teweleit, Weiße Breite 50, 34130 Kassel, Tel. 0561/69646

daran, sich nicht schon heute innerhalb des DGB zu einigen, wer für wen zuständig ist, nach dem Prinzip „ein Betrieb eine Gewerkschaft“.

Es stellt sich sowieso die Frage, was aus dem DGB werden soll. Die Rolle des DGB wird immer mehr beschnitten und das heißt auch, ein einheitlicher Kampf der DGB-Gewerkschaften findet immer weniger statt.

Politischer Bankrott

Die Pläne der ÖTV-Führung zum Aufbau einer Dienstleistungsgesellschaft sind Ausdruck davon, daß die ÖTV den öffentlichen Dienst nicht mehr verteidigt und Privatisierung akzeptiert. Gewerkschaftsfunktionäre haben nicht mal Skrupel, in die Vorstandsdarstellungen von privatisierten Betrieben überzuwechseln. Die Gewerkschaftsführung trägt aktiv ein solches Rückschritt nach dem anderen mit. Das ist der Grund für die seit Jahren anhaltenden Mitgliederverluste. Und diese Mitgliederverluste werden hauptsächlich zum Profiten für die Finanzierung der bestehenden Apparate und da-

Pläne stoppen

Die Pläne für den geplanten Aufbau der Dienstleistungsgewerkschaft müssen bekämpft werden. Es muß eine Diskussion darüber stattfinden, wie die Gewerkschaften zu echten Kampforganisationen werden können. Was wir brauchen ist ein Austausch zwischen den verschiedenen Kolleginnen der verschiedenen Gewerkschaften. Bereits existierende oppositionelle Gruppen, wie z.B. das „Netzwerk für eine kämpferische ÖTV“ müssen eine aktive Rolle spielen, um diesen Prozeß zu stoppen.

Steffi Mitschke, ÖTV-Vertrauensfrau und Betriebsrätin, Kassel

Über das Schicksal der Millionen Menschen, die durch die Wirtschaftskrise ihre Existenzgrundlage verloren haben, wird selten berichtet:
In Indonesien sind auf Java 18 Millionen Menschen von Hunger bedroht.
Viele Schulkinder gehen dort nicht mehr zur Schule weil die Eltern das Schulgeld nicht mehr bezahlen können. 100 Millionen Menschen sind unter die Armutsgrenze gefallen - viermal soviel wie 1996. Auf den Philippinen droht ein Massensterben an Malaria, weil die Vorsorgebehandlung gestrichen wurde.
In Rußland droht der Bevölkerung ein Hungerwinter.

Mit dem Absturz der thailändischen Währung, dem Bahr, im Juli letzten Jahres nahm die Asienkrise ihren Lauf. Sofort beeilte sich das internationale Kapital zu versichern, daß es sich nur um einen unbedeutenden „Betriebsunfall“ auf den weltweiten Kapital- und Finanzmärkten handeln würde. Ein „Betriebsunfall“, der auf Südostasien beschränkt bleiben würde. Davon kann schon lange keine Rede mehr sein.

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) befinden sich bereits 40 Prozent der Weltwirtschaft in der Rezession. Der IWF rechnet mit einem Rückgang der Produktion um 600 bis 800 Milliarden Dollar.

Am Beginn der Asienkrise verarbeiteten die meisten Repräsentanten der internationalen Kapitalistenklasse noch Zuversicht. US-Notenbankchef Greenspan ging so weit, die Asienkrise sogar als ein Ereignis zu bezeichnen, das den „irrationalen Überschwang“ der Märkte dämpfen würde. US-Präsident Clinton sprach von einem „Ausrutscher“. Doch spätestens, als auf die Asienkrise die Rußlandkrise folgte, war es mit dem Optimismus der Bürgerlichen vorbei. Der US-Finanzexperte Carl Gewirtz schrieb Anfang Oktober in der „International Herald Tribune“: „Nicht nur Geld steht auf dem Spiel, sondern das ganze neu entwickelte globale kapitalistische System.“

Auch Bill Clinton spricht inzwischen von „der wohl schwierigsten globalen Herausforderung der letzten 50 Jahre“. Zu recht. Die kapitalistische Weltwirtschaft ist auf dem Weg in die tiefste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch eine Depression in den Ausmaßen von 1929 ist nicht ausgeschlossen.

Weltwirtschaftskrise droht

Weltweit sind die Kapitalisten in Panik ausgebrochen. Nachdem sich in dramatischem Maße Investoren aus Südostasien und Rußland zurückgezogen haben, kommt es seit Herbst diesen Jahres in Lateinamerika zu einem gigantischen Abzug von Kapital.

Lateinamerika wurde vom Rohstoffpretsverfall besonders getroffen. In weniger als einem Jahr sind die Preise für Kaffee um mehr als 40 Prozent zurückgegangen, die Preise für Öl um 30 Prozent. Die Vereinten Nationen schätzen, daß die Wirtschaft in den ärmsten ölexportierenden Ländern dieses Jahr um 4 bis 18 Prozent schrumpfen wird.

In diesen Wochen sind alle Augen auf Brasilien gerichtet. Brasilien wurde in besonderem Maße von der einseitigen Kapitalflucht in der Region getroffen. Im September zogen internationale Geldgeber Tag für Tag durchschnittlich eine Milliarde Dollar ab. Um eine Abwertung der brasilianischen Währung, dem Real, zu verhindern, mußte die Regierung mehr als 30 Milliarden Dollar (von insgesamt 74 Milliarden Dollar Reserven, über die sie verfügt) aufbringen.

Brasilien ist die neungrößte Wirtschaftsmacht der Welt und steuert 45 Prozent zur gesamten Wirtschaftskraft Lateinamerikas bei. Ein Einbruch der brasilianischen Wirtschaft würde nicht nur wichtige Länder wie Argentinien oder Mexiko treffen, sondern auch die Wirtschaft der größten Industriemächte, erschüttern. 20 Prozent der US-amerikanischen Exporte gehen nach Lateinamerika. Eine Rezession in den USA, und eine mögliche weitere Abwertung des Dollars, würde in kurzer Zeit auch die BRD und die anderen Länder der Europäischen Union aufgrund ihrer großen Exportabhängigkeit in die weltweite Wirtschaftskrise ziehen.

Kapitalismus alterschwach

Die kapitalistische Produktion verläuft seit 200 Jahren in Zyklen: Auf Krise folgen Aufschwung, Abschwung und neue Krise. Die durchschnittliche Länge der Zyklen belief sich auf zwischen vier und zehn Jahren. Aufschwung oder Abschwung allein sagen wenig darüber aus, in welchem Zustand sich die kapitalistische Wirtschaft befindet.

In den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg kam es auf internationaler Ebene - auf der Grundlage einer historisch einmaligen politischen und ökonomischen Konstellation - in der Tat zu einem langen Nachkriegsaufschwung, der nur von kurzen konjunkturellen Abschwüngen unterbrochen war. Aber damit ist es seit zwanzig Jahren vorbei. Die weltweite Rezession Mitte der 70er Jahre markierte den Wendepunkt. In der Rezession 1974/75 war die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zum ersten Mal auf eine Million gestiegen, in der nächsten Rezession 1980-

dem, mußte die Regierung mehr als 30 Milliarden Dollar (von insgesamt 74 Milliarden Dollar Reserven, über die sie verfügt) aufbringen.

82 auf zwei Millionen. Heute nach der Rezession am Beginn der 90er Jahre beträgt die Arbeitslosigkeit allein in Westdeutschland drei Millionen. In den OECD-Staaten verdoppelt sich sich die Zahl der (offiziell) Arbeitslosen seit Mitte der siebziger Jahre bis heute von 18 Millionen auf 36 Millionen. Auch in den konjunkturellen Aufschwungsphasen erweisen sich die „freien Kräfte des Marktes“ inzwischen als unfähig, die Arbeitslosenzahlen substantiell zu senken. Im Gegenteil: In Westeuropa stieg die Zahl der Arbeitslosen trotz beginnender Aufschwung in der ersten Hälfte der 90er Jahre um 4,5 Millionen weiter an.

Auch Produktivitätssteigerungen oder Wachstumsraten der führenden Industrienationen haben in den letzten zwanzig Jahren nie wieder ein Niveau erreicht wie im Nachkriegsboom. Während das Wachstum der führenden Industrienationen in den 90er Jahren bei 2,3 Prozent lag, betrug es in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg im Durchschnitt das Doppelte.

Globalisierung der Krise

In den letzten Jahren wurde die „Globalisierung“ als Allheilmittel dargestellt. In erster Linie hat die „Globalisierung“ auf dem Finanzsektor stattgefunden. Auch wenn multinational operierende Konzerne größere Möglichkeiten hatten, Produktionsstätten in andere Länder zu verlagern und international schnelleres Geld zu machen, ist der Trend zur „Globalisierung“ keine qualitativ neue Stufe, die einen neuen kapitalistischen Aufschwung hätte herbeiführen können. Stattdessen hat die Globalisierung vielmehr dazu geführt, daß die „Spekulationsblase“ von Aktien und Immobilien noch weiter anstiege. In den letzten Monaten hat die „Globalisierung“ der Finanzmärkte nur zur schnelleren globalen Verbreitung der Krisenseinungen beigetragen.

Überkapazitätskrise

Die heutige Krise ist eine klassische kapitalistische Krise infolge von Überkapazitäten und Überproduktion. Die Asienkrise, die im Sommer letzten Jahres mit dem Abwertungswahl auf der Währung von Thailand, Indonesien oder Malaysia und den Kursstürzen an den Börsen in der Region ihren Anfang genommen hatte, war nicht nur eine Finanzkrise, sondern hatte ihre Ursachen in der realen Wirtschaft.

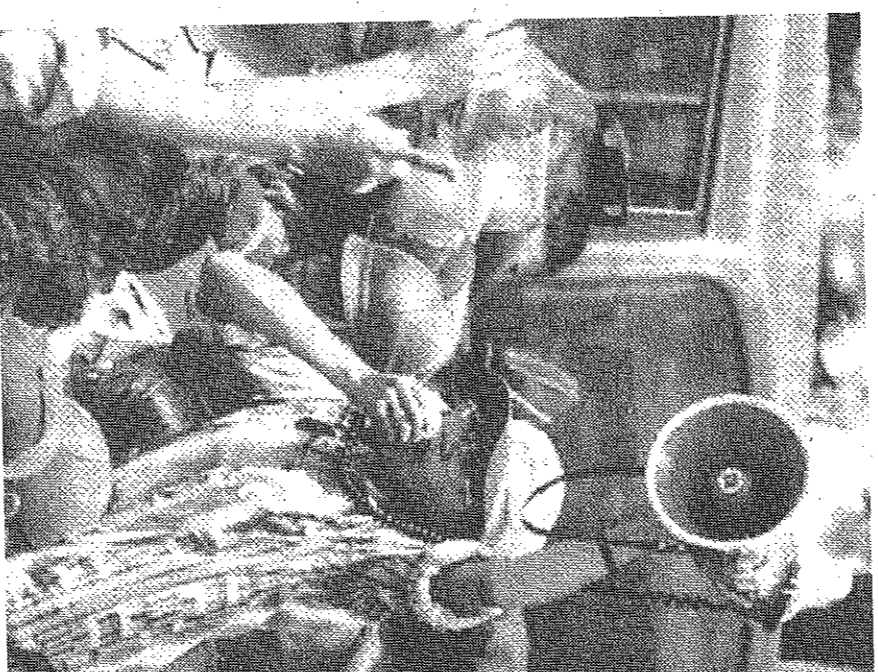
Auf der Suche nach profita-blen Anlagemöglichkeiten haben die führenden Industrienationen über Jahre hinweg in zunehmendem Maße Kapital in Südstaaten investiert. Anfang der neunziger Jahre hatten sie 140 Milliarden Dollar in die Wirtschaft der Region gesteckt, Mitte der neunziger Jahre waren es 340 Milliarden Dollar. Mit diesen Geldern wurden zu einem großen Teilsächlich neue Produktionsanlagen aufgebaut. Aber letztendlich wurden in Südstaaten Kapazitäten geschaffen - vor al-

lem in der Computerindustrie, in der Automobilproduktion und in der Mikroelektronik -, mit denen die potentiellen Absatzmärkte bei weitem überschritten wurden. Als die Unternehmer und Spekulanten weltweit realisierten, daß gigantische Überkapazitäten aufgebaut worden waren, setzte eine panikartige Kapitalflucht ein. 1996 gingen noch 42 Milliarden Dollar nach Südkorea, 1997 wurden 21 Milliarden Dollar aus Südkorea abgezogen. Der mörtelische Konkurrenzkampf hat auf Weltweite Überkapazitäten und Überproduktion geschafften, nicht, weil es keinen Bedarf geben würde,

höhlte die Nachfrage aber noch weiter. Die Schere zwischen arm und reich stieg in den führenden kapitalistischen Industrienationen auf neue Rekordhöhe.

Instabilität der Finanzmärkte

Im Verlauf des letzten Jahres kann es an den Weltbörsen zu dramatischen Kursverlusten. Diese Erschütterungen waren nur die Vorboten eines künftigen, noch größeren Börsenkrachs. Die Entwicklungen an der Börse haben sich mittlerweile von der materiellen Produktion entfernt. Die Werte,



In Indonesien konnte Polizeigewalt Studentinnen nicht daran hindern, lautstark den Sturz des Diktators Suhartos zu fordern.

sondern weil die kaufkräftige Nachfrage dafür fehlt. Marx und Engels erklärten bereits vor 150 Jahren im „Kommunistischen Manifest“: „Die Märkte können mit der Ausdehnung der Produktion nicht schritthalten. Der Zusammenstoß wird unvermeidlich.“ Die Funktion der Wirtschaftskrisen besteht darin, die Überkapazitäten gewaltsam zu vernichten. Fabriken werden stillgelegt, Millionen verlieren Arbeit und Einkommen. Der letzte Grund für die Krise ist das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst. Die Produktion wird nicht von den Bedürfnissen der Gesellschaft bestimmt, sondern von der Jagd nach Profit. Der ehemalige BMW-Chef Klaus Kuehnheim hat es einmal so ausgedrückt: „Wir wissen, daß es zu viele Autos geben wird, wir wissen aber auch, daß es zu wenig BMW sein werden.“ Da alle Konzerne in allen Bereichen der Wirtschaft so den Reichen der Wirtschaft so den Reichen, sind Krisen und Krüche im Kapitalismus zwangsläufig.

Die Offensive des Neoliberalismus (Flexibilisierung, Deregulierung, Privatisierung, Zerschlagung des Sozialstaates etc.) ermöglichte den Kapitalisten zwar Extraprofite, unter-

die auf den Finanzmärkten gehandelt werden, entsprechen in keiner Weise mehr den Gewinn in der „realen Wirtschaft“, das gilt vor allem für die USA und Westeuropa. Der Handel auf den Finanzmärkten ist dreifach so schnell gewachsen wie der Handel im produktiven Sektor. Doch letztendlich müssen alle Werte, auch Kreditzins- oder Spekulationsgewinne in der Produktion „erarbeitet“ werden. Geld „arbeitet“ nicht.

Politische Krise

Die bevorstehende Rezession wird in allen Teilen der Welt zu einer beispiellosen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Instabilität führen. Die kommende wirtschaftliche Krise wird ganz andere Auswirkungen haben als die letzte Rezession. Anfang der neunziger Jahre, von der nicht nur die USA, sondern auch alle Länder gleichzeitig betroffen wurden und die bei weitem nicht das Ausmaß hatte, das die kommende weltweite Wirtschaftskrise haben wird. Sie war zudem überschattet worden vom Zusammenbruch des Sozialismus und der Wiederentstehung des Kapitalismus in Rußland und Osteuropa.

EUROPA vor der Rezession

Selbst der oberste Volkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, muß gestehen: „Wenn 40 Prozent der Weltwirtschaft in Rezession sind und bleiben, sei auch hierzulande ein „Wirtschaftsabschwung unvermeidbar.“ („Der Spiegel“, Nr. 42/98). Italien und Britannien befinden sich bereits im Abschwung. In Britannien gehen derzeit Woche für Woche 5.000 Arbeitsplätze verloren.

Die erste Stufe der Euro-Einführung ab 1. Januar 99 wird also aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Beginn einer Wirtschaftskrise in Europa zusammenfallen. Das stellt das ganze Projekt Euro in Frage. Die Zwänge der EWU könnten zu Krisenzeiten zu extremen ökonomischen und finanziellen Spannungen führen. Besonders anfällig wäre die EWU während eines wirtschaftlichen Abschwungs.“ schreibt die „Financial Times“ in ihrem „Wirtschafts- und Währungsführer“ (Juli 98). Eine einheitliche Währung benötigt eine einheitliche Wirtschafts- und Währungspolitik. Das setzt aber eine halbwegs harmonische wirtschaftliche Entwicklung voraus. Europa und die Euro-Länder stehen vor dem genauen Gegenteil.

Die letzte Rezession am Anfang dieses Jahrzehnts hat bereits zum Auseinanderbrechen des damaligen Europäischen Wechselkursystems (EMS) geführt.

Global

25 Jahre Kampf für Sozialismus

Als sich 1973 drei Jungsozialisten zusammenfanden und den Aufbau einer marxistischen Strömung in Angriff nahmen, herrschte in der BRD Vollbeschäftigung. Die SPD bastelte an einem Langzeitprogramm, durch das bis 1985 auf Grundlage des Wirtschaftswachstums schrittweise demokratischer Sozialismus eingeführt werden sollte.

Mitte der 70er gab es eine Welle von inoffiziellen Streiks für Teuerungszulagen. Massenbewegungen und revolutionäre Situationen entwickelten sich in Portugal und später in Spanien und Griechenland im Zusammenhang mit dem Sturz der Diktaturen in diesen Ländern. Es war ein Klima des Aufbruchs. In der Linken war man sich einiger Sozialismus ist das Ziel. Die Jungs tüftelten an der Strategie „systemüberwindender Reformen“ durch die den Kapitalisten stückweise die Verfügungsgewalt über die Produktion weggenommen werden sollte.

Reformismus

In der ersten Ausgabe von VORAN (Dez. 73) warnten wir: „spätestens 1975 findet ein schwerer wirtschaftlicher Rückgang statt, der alle in Angriff genommenen Reformen

unmöglich zu machen droht. VORAN vertritt konsequent die Ansicht, daß auch ein bescheidenes Reformprogramm unter solchen Umständen nur dann durchzuführen ist, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht – das heißt die Schlüsselindustrien und das Bankwesen – in Staatshänden ruhen und durch die organisierten Arbeiter und Angestellten verwaltet und kontrolliert werden.“

Die Erfahrungen der letzten 25 Jahre bestätigen unsere Analyse. Reformistische Strategien, die den Kapitalismus stückweise zähmen und überwinden wollten, scheiterten durchweg. So Allendes „parlamentarischer Weg zum Sozialismus“ in Chile, der durch den Putsch General Pinochets blutig beendet wurde. So 1981 in Frankreich die erste Linkenunion aus Sozialisten und Kommunisten unter Mitterrand. Nach nur eineinhalb Jahren Reformpolitik erzwang das Kapital, dessen Macht von der Linkenunion nie ernsthaft ange-tastet worden war, eine radikale Kehrtwende und die Regierung Landete bei arbeiterfeindlicher Reformpolitik. Dort landeten in den darauffolgenden Jahren alle linken Regierungen, von Spanien bis Schweden.

Die zunehmende Krise des Kapitalismus mit wachsender

Massenarbeitslosigkeit, Verschuldung und Spatpolitik bildete den Hintergrund dafür, daß aus der Reformpolitik der 70er die Sozialabbau-Politik der 80er und 90er wurde. Die sozialdemokratischen/sozialistischen Parteiführungen zogen aus der Krise den Schluß, sich den „Sachzwängen“ des Kapitalismus unterzuordnen. Viele ehemalige Linke folgten ihnen. Unsere Analysen und Perspektiven bewahren uns davon, denselben Weg zu gehen.

Stalinismus

Ein ständiger Punkt der politischen Ausenderetzung war die Einschätzung der „realsozialistischen Staaten“. Praktisch alle linken Strömungen hielten diese Staaten für sozialistisch, oder zumindest für reformfähig. Die einen orientierten sich an der Sowjetunion, die anderen an Kuba oder Albanien.

Hoffnungen wurden in Mao oder Tito gesetzt, später sogar in Ceausescu, nur weil sie mit Moskau in Konflikt geraten waren. Dabei wurde übersehen, daß diese Konflikte aus Gründen der eigenen Macht-sicherung der jeweiligen „Abweichter“ bestanden.

Wir haben betont, daß keiner dieser Staaten sozialistisch ist. Es gab Gemeindegutentum an

Produktionsmitteln und Planwirtschaft, was enorme Fortschritte ermöglichte. Doch für den Sozialismus ist die demokratische Kontrolle durch die Masse der Bevölkerung notwendig. die politische Macht der Arbeiterklasse. Arbeiterdemokratie ist in der Planwirtschaft auch eine ökonomische Notwendigkeit. Fehlplanungen, Verschwendung, mangelnde Effizienz und Korruption sind sonst unvermeidlich und heben die Vorteile der Planwirtschaft früher oder später wieder auf.

Deshalb haben wir die Politik der Staatsbürokraten immer energischer bekämpft, die sowohl innen- wie außenpolitisch nur die Verteidigung ihrer Macht und Privilegien verfolgte, sei es mit blutigen Terror und militärischen Maßnahmen oder mit milderer Unterdrückung und Bevormundung.

Wegen dieser Position wurden wir von anderen Linken oft angegriffen. Wegen eines negativen Nachrufs zum Tode des sowjetischen Staatschefs Breschnevs in VORAN nannte uns der damalige Juso-Bundesvorsitzende

„entspannungsfeindlich“, Das war derselbe Rudolf Hartung, der heute als Berliner SPD-Geschäftsführer den Hauptfeind in der PDS sieht.

Wir haben nicht auf die Reform dieser Regimes von oben gehofft, sondern sind von der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des Sturzes der Herrschenden durch die Masse der Bevölkerung ausgegangen.

Wir waren für eine politische Revolution, die das Gemeindegut an Produktionsmitteln und die Planwirtschaft beibehält, auf dieser Grundlage jedoch eine echte Arbeiterdemokratie aufbaut, so daß Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entsprechend den Interessen und Bedürfnissen der Mehrheit demokratisch verwaltet werden kann.

Als andere Gorbatshow feierten, schrieben wir: „Die Reformen Gorbatshows sind nichts anderes als eine Neuauf-



Die erste Ausgabe der Voran 1973.

ge verschiedener Elemente früherer Politik. Es ist die Reaktion der Bürokratie auf die katastrophale Wirtschaftslage seit Beginn der 80er Jahre und den steigenden Unmut der Bevölkerung ... Gorbatshows Versuche, die politischen Machtverhältnisse zu stabilisieren, sind zum Scheitern verurteilt. Die Bürokratie kann die Gesellschaft nicht mehr weiterentwickeln. Sie selbst ist Hindernis für den Fortschritt... Die Politik Gorbatshows ist ein verzweifelter Versuch, eine politische Revolution zu verhindern. In Wirklichkeit wird seine Politik genau das Gegenteil bewirken. Die Opposition im Land wird wachsen und große soziale Explosionen stehen bevor.“

DDR: Revolution und Konterrevolution

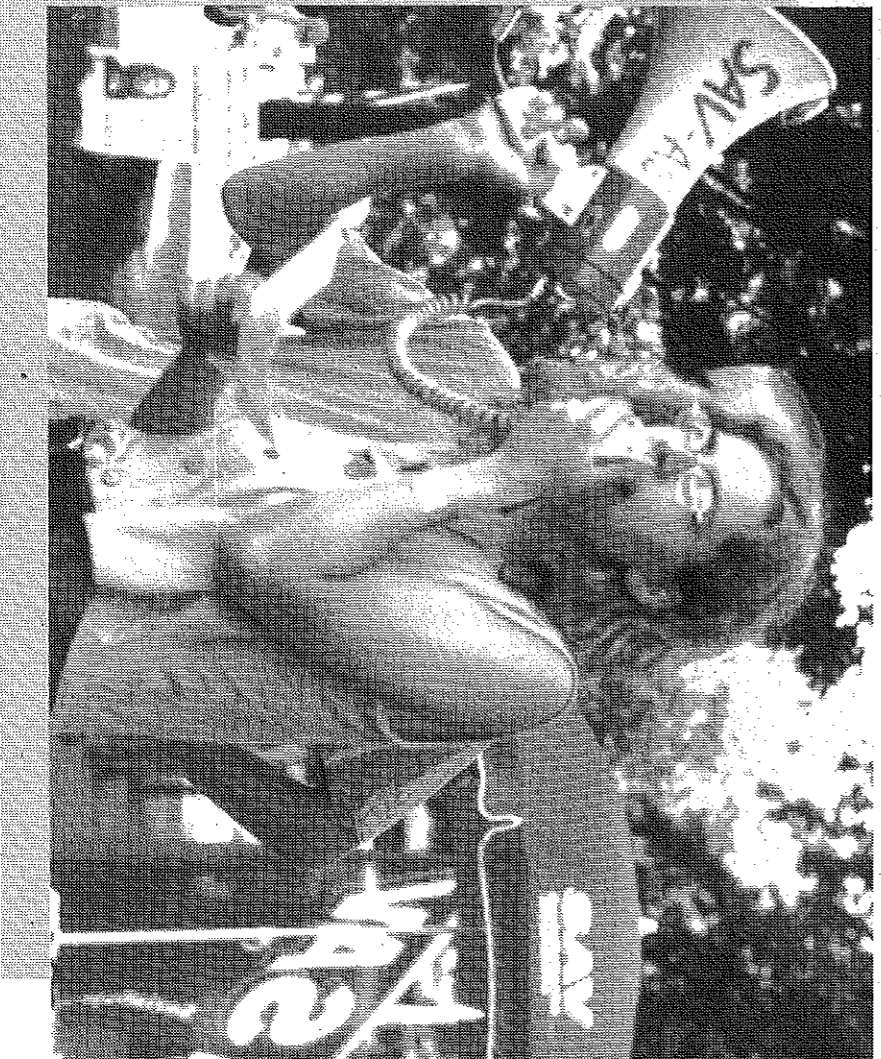
Zur DDR schrieben wir 1988 aus Anlaß der Proteste und Verhaftungen bei der offiziellen Luxemburg/Liebkecht-Gedenkveranstaltung: „Auf... reformistische Teile der Bürokratie kann die Opposition nicht bauen. Auch in der DDR ist die entscheidende Kraft die Arbeiterklasse. Wenn in den nächsten Jahren zu der politischen Unterdrückung auch noch der ökonomische Druck wächst, werden die Arbeiter in Aktion treten. Dann ist die Chance gegeben, die Bürokratie zu stützen und eine echte Arbeiterdemokratie aufzubauen, die zurecht das Erbe Luxemburgs und Liebknechts antreten könnte.“

Die Bürokratie wurde durch eine Massenbewegung gestürzt. Wir haben eine Vereinigung auf kapitalistischer Grundlage zunächst nicht für möglich gehalten. Als sie sich dennoch abzeichnete, weil in das entstandene Machtvakuum keine sozialistische Kraft sondern der BRD-Kapitalismus stieß, haben wir gegen die Politik des kapitalistischen Anschlusses gekämpft.

Während BRD-Politiker blühende Landschaften versprochen, schrieben wir im März 1990, also drei Monate vor der Währungsunion, über die Perspektiven eines kapitalistischen Gesamtdeutschlands: „Massenarbeitslosigkeit von 5-6 Millionen, Inflation und Angriffe: auf soziale Errungenschaften bisher nicht gekannten Ausmaßes – das wäre das Szenario, das sich aus einer schnellen Einführung der Währungsunion ergeben würde.“

Politische Analysen, eine möglichst genaue Einschätzung der Entwicklung, sind nicht Selbstzweck oder akademische Rechhaberei. Sie sind Anleitung zum Handeln. Wo wir Fehler gemacht haben, waren wir bereit sie zu korrigieren. Die grundlegende Perspektive, die wir vor 25 Jahren zum Ausgangspunkt unserer Arbeit gemacht haben, haben sich als richtig erwiesen. Nach wie vor gilt der Satz von Rosa Luxemburg: „Sozialismus ist Notwendigkeit geworden.“

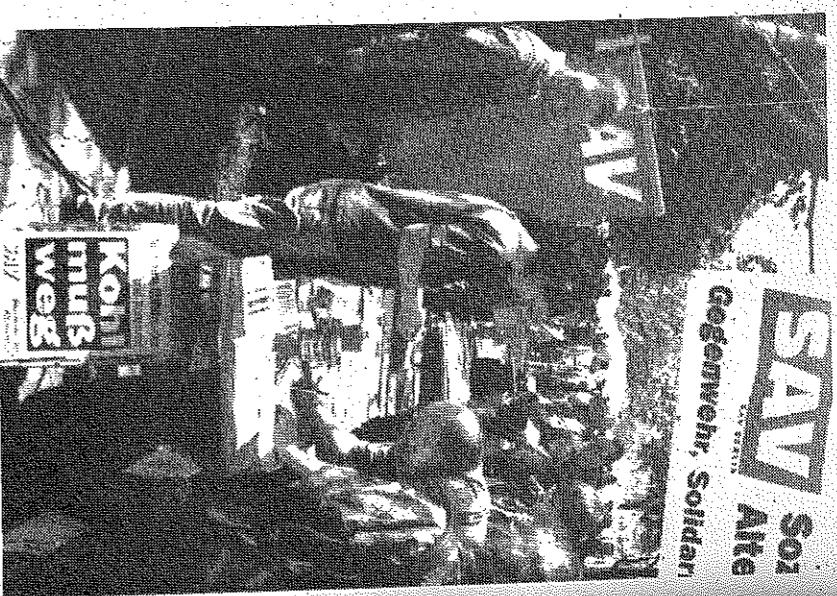
Fortsetzung, siehe Rückseite



Während in den vergangenen Jahren viele Linke sozialistische Ideen über Bord warfen, ließen wir uns nie von der bürgerlichen Propaganda beeindrucken: Es gibt eine Alternative zum Kapitalismus - Sozialismus.



Anfang der 90er Jahre ergriffen wir die Initiative zur Gründung der europaweiten Organisation "JRE" gegen Rassismus in Europa - "JRE", die sich in kurzer Zeit zur größten antifaschistischen Jugendorganisation in Deutschland und Europa entwickelte. Auf dem Höhepunkt ihrer Arbeit organisierte JRE, die bis heute größte internationale Demonstration gegen Faschismus und Rassismus zu der 50.000 Jugendlichen aus 11 europäischen Ländern nach Brüssel kamen. Die zeitweise über 40 örtlichen JRE-Gruppen in West- und Ostdeutschland organisierten Aktionen gegen Nazis und Rassismus.



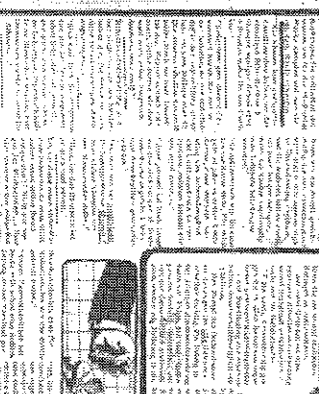
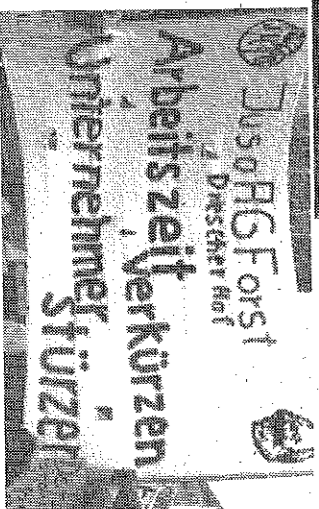
Sozialistische Ideen auf die Straße tragen: Infostand der SAV - Berlin

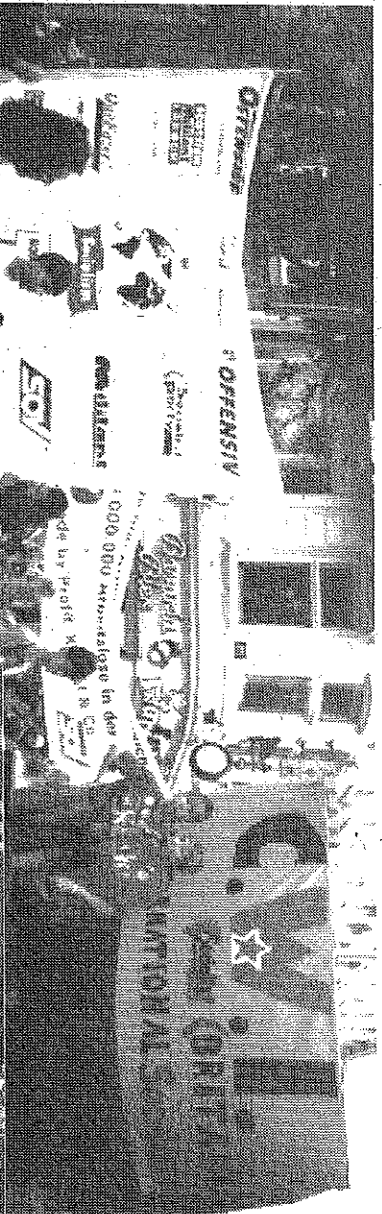


Siegen 1993: Aktionstag der Jugend für den Erhalt des Stahlstandortes und den Erhalt aller Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze. SAV- Aktivistinnen im Juso-Unterbezirk und JRE-Mitglieder organisieren einen Schüler- und Azubi-Streik, an dem sich 1500 Jugendliche beteiligten. Auszubildende von Krupp und Hösch kämpfen um ihre Übernahme.



Als Sozialistinnen kämpfen wir innerhalb der Jusos für radikale Forderungen. Die Abschaffung des Asylrechts mit den Stimmen der SPD war ein Grund für den Austritt aus der SPD und die Gründung der SAV.





Der Kapitalismus ist International, der Kampf dagegen auch. Mitglieder des Komitees für eine Arbeiterinternationale auf der Demonstration in Amsterdam 1997 gegen den EU-Citfel.

Europe socialiste
 Ein Sozialistisches
 SAV BRILHA SAOF



Im Frühjahr 1996 schnürte die Kohlerregierung ein neues Sparpaket. Die SAV forderte, daß die Gewerkschaften dagegen mit Generalstreik vorgehen. Die Resonanz auf diese vorgeschlagene Kampfmaßnahme war diesmal weitaus höher als 1993. Bei der Demo von 350.000 im Juni 1996 traten u. a. die Vertrauensleute der Gießerei von VW Kassel mit einem Transparent mit der Forderung nach Generalstreik auf. Mit einem Generalstreik hätte die Kürzung der Lohnfortzahlung und alle anderen Angriffe zurückgeschlagen werden können.

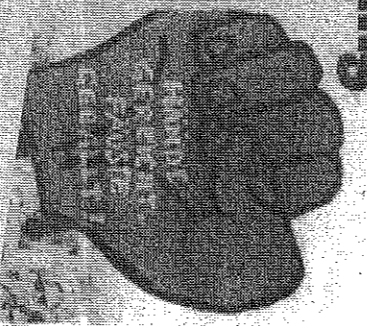


Privatisierung, Arbeitsplatzvernichtung, Lohnraub, steigende Arbeitsheute trifft die Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer härter. Die SAV hat eine lange Tradition in der Unterstützung von KollegInnen, die sich dem widersetzen. In der ÖTV haben SAV-Mitglieder zusammen mit anderen Vertrauensleuten, Personalräten, Jugendvertretern und aktiven ÖTVlern 1996 die Initiative für die Gründung des „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ ergriffen.

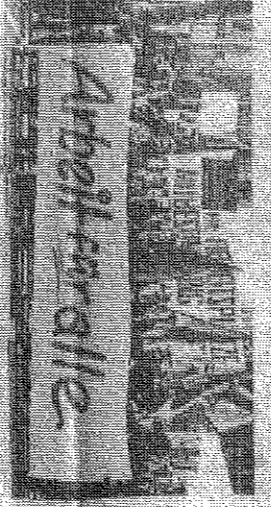
Voran
 Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschafter
 Zerschlagung der Postverhöhnung!

Voran SAV
 Sozialistische Alternative

Voran
 Lohnfortzahlung verteidigen - Generalstreik!



Voran
 Sozialistisches Alternative
 Verteilung der Arbeit auf alle

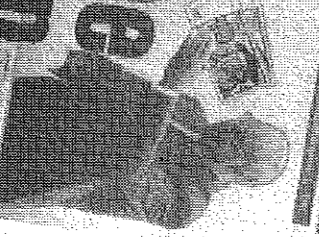


eine neue Opposition von unten!

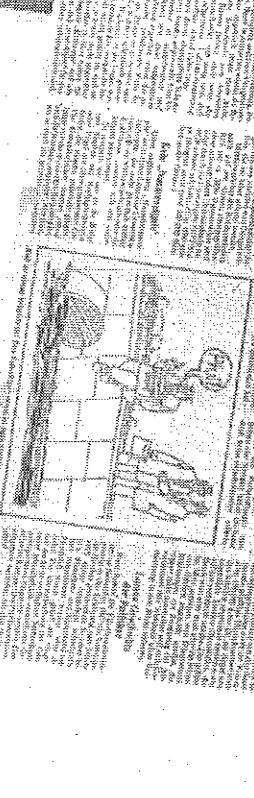
Voran
 Sozialistische Alternative

Voran
 Nein zur Politik für Banken & Konzernen von CDU, FDP, SPD und Grünen

Voran
 Sozialistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschafter
 Stopp die Diebe aus Bonn



Voran
 Sozialistische Alternative
 Umweltschutzplan annehmen!



Fast pünktlich zum 25 jährigen Voran-Jubiläum war die Ära Kohl zu Ende. Voran war aber nicht nur 16 Jahre Anti-Kohl- sondern auch antikapitalistische Zeitung. Der Kampf geht weiter.

25 Jahre

Sozialistische Praxis

1995: die SAV war in Bremen/Leipzig die einzige Partei, die den Kampf der Mieter gegen den Ausverkauf ihrer städtischen Wohnungen unterstützte. Mit Erfolg: der Verkauf konnte verhindert werden.

Betrieb und Gewerkschaft

Kämpfe der Arbeiterbewegung im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich haben für uns einen zentralen Stellenwert. Keine größere Tarifaussensetzung, an der wir nicht aktiv teilgenommen hätten: von den Druckstreiks in den 70ern, dem großen Stahlstreik 1978/79 über den Kampf um die 35-Stundenwoche 1984 bis zum OTV-Streik 1992 oder dem Streik gegen den Bruch des Manel-Stufenarbeitsvertrags 1993 in Ostdeutschland.

Gegen Entlassungen und Werkschließungen gab es in der Rezession Anfang der 80er Jahre eine Welle von rund 20 Betriebsbesetzungen. Wir haben konkrete Solidarität organisiert, zur HDW-Wert in Hamburg. Dieselbe Unterstützung

organisierten wir später für die Belegschaften, die für den Erhalt ihrer Betriebe und eine Perspektive für ihre Region gekämpft haben: für das Stahlwerk Rheinhausen in Duisburg oder die Zeche Sophia Jacoba im Westen ebenso wie für das Stahlwerk Hennigsdorf und die Kalgrube Bischofferode im Osten.

Verbreitung des Anliegens der Betroffenen, Solidarität aus anderen Werken und Regionen, materielle Unterstützung waren dabei die selbstverständlichen Beiträge. Neben der Solidaritätsarbeit haben wir aber nicht darauf verzichtet, ein sozialistisches Programm für die jeweilige Branche, eine Perspektive für den jeweiligen Betrieb und Vorschläge zur Kampfstrategie in die Diskussion einzubringen.

Im Fall Bischofferode – der ein exemplarisches Beispiel für die Machenschaften der Treuhänder war, ostdeutsche Betriebe gemeinsam und im Interesse der westdeutschen Konzerns (hier BASF) platzmachen – schlugen wir die Besetzung des Betriebes bei Fortführung der Produktion unter eigener Regie vor, um damit die Übernahme des Betriebes in Landesbesitz bei demokratischer Kontrolle durch gewählte Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat durchzusetzen.

Während unsere Vorschläge bei den Betroffenen Belegschaften oft auf offene Ohren stießen, lehnten die Gewerkschaftsführungen durchgreifende und radikale Kampfstrategie in der Regel ab. Im Falle des Kampfs um das von Schließung bedrohte Köhner Werk des Traktorenherstellers Deutz-Fahr griff die Belegschaft unsere Kampfvorschläge auf und trat in einen neunmätigen „wilden“ Streik, ohne Unterstützung und gegen den erklärten Willen der örtlichen Gewerkschaftsführung.

Jugend und Antifaschismus

ger Teil unserer Arbeit im Bereich der Jugendarbeit. So organisierten wir in Siegen einen Lehrlings- und Schülerstreik gegen Massentatassungen beim dortigen Krupp-Werk und unterstützten die Besetzung der Ausbildungsstätten durch Post-Auszubildende in Kassel, die für ihre Übernahme kämpften. Die Beteiligung an der Bewegung zum Erhalt des ostdeutschen Jugendstudienkämpfers. Die Beteiligung an der Bewegung zum Erhalt des DT 64 gehörte ebenso dazu wie der Kampf gegen die Schließung von Jugendzentren.

In der Schülerarbeit unterstützen wir die Selbstorganisation, zum Beispiel durch Aufbau eines Schülerrats in Stuttgart, der mehrere Großdemonstrationen organisierte und u.a. die Neuensteilung von LehrerInnen erzwingt. Die Beteiligung an der bundesweiten Schülerbewegung 1986/87 war für uns ebenso selbstverständlich wie an der bundesweiten Studentendebattierung 1997.

Im Golfkrieg 1991 organisierten wir Anti-Kriegskomitees und mobilisierten in verschiedenen Städten Zehntausende zu Demonstrationen. Seit Anfang der 90er Jahre, besonders nach dem Anschlag auf das Asylbewerberheim in Rostock, rückte die Abwehr von

Faschismus und Rassismus ins Zentrum des politischen Interesses vieler Jugendlicher. Wir ergriffen die Initiative zur Gründung der europaweiten Organisation „Jugend gegen Rassismus in Europa – JRE“, die sich in kurzer Zeit zur größten antifaschistischen Jugendorganisation in Deutschland und Europa entwickelte. Auf dem Höhepunkt ihrer Arbeit organisierte JRE die bis heute größte internationale Demonstration gegen Faschismus und Rassismus, zu der 50.000 Jugendliche aus 11 europäischen Ländern nach Brüssel kamen sowie ein internationales Jugendcamp mit 1300 deutschen und internationalen Teilnehmern.

Die zeitweise über 40 örtlichen JRE-Gruppen in West- und Ostdeutschland leisteten politische Aufklärungsarbeit gegen Faschismus und staatlichen Rassismus und organisierten konkrete Aktionen wie die Blockade von rechtsextremen Veranstaltungen und Schutz von Asylbewerberheimen. Als unabhängige Jugendorganisation bot JRE Anfang bis Mitte der 90er Jahre, wie die DGB-Bundesjugend, feststellte: „Tausenden von Jugendlichen eine Plattform für antirassistisches Engagement“.

Internationale Solidarität

sein. Deshalb ist die SAV Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (engl. CWI), die sozialistische Organisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten umfaßt. Internationalismus bedeutet für uns, sowohl von den Erfahrungen der Arbeiterbewegung in anderen Ländern zu lernen, als auch praktische Solidaritätsarbeit zu leisten.

Noch zur Zeit der Franco-Diktatur organisierten wir Solidarität und materielle Hilfe für Sozialisten im spanischen Untergrund. In Südafrika haben wir zur Zeiten der Apartheid das südafrikanische Arbeiterbildungsprojekt SALEP gefördert und unterstützt. Während des großen britischen Bergarbeiterstreiks, der 1984/85 ein Jahr lang erbittert gegen die Thatcher-Regierung geführt wurde, haben wir Vertreter der Bergarbeitergewerkschaft eingeladen, um konkrete Solidarität und direkte Verbindungen herzustellen. 40.000 DM konnten wir darüber für den Streik sammeln.

Als Anfang 1995 in Espbjerg/Dänemark Busfahrer gegen Privatisierung, in den Ausstand gingen, hat das Komitee für eine Arbeiterinternationale internationale Solidarität organisiert und Kontakte zu Busfahrergewerkschaften in Schweden und Indien hergestellt. SAV-

Neue Arbeiterpartei aufbauen

Der Zusammenbruch der sozialistischen Regimes 1989 stellt einen historischen Wendepunkt in der Weltlage und auch hinsichtlich der organisierten Arbeiterbewegung dar.

Das Überleben des Kapitalismus war vor allem ein ideologischer Sieg, nicht jedoch die Eröffnung einer neuen Phase von Wirtschaftsaufschwung und Prosperität. Die Entwicklung stabiler Märkte im Osten, eine „neue Weltordnung“ und das „Ende der Geschichte“, wie damals triumphierend behauptet wurde, blieben reine Propaganda.

Im Gegenteil: in der neuen Weltordnung haben sich die Kräfte des Kapitalismus weiter vertieft, die Klassengegensätze verschärft, die militärischen Konflikte und Bürgerkriege zugenommen. Die osteuropäischen Staaten strampeln im Sumpf von Mafia-Kapitalismus und erneuter Abhängigkeit vom Imperialismus.

Doch die Wende 1989 beförderte tragischerweise auch einen weiteren Rechtsruck der traditionellen Arbeiterorganisationen, die Demoralisierung und den Zusammenbruch von linken Flügeln in Gewerkschaften und sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien. Diese Parteien unterscheiden sich kaum mehr von bürgerlichen, haben sich kom-

plett den Sachzwängen der kapitalistischen Marktwirtschaft untergeordnet und sind nicht mehr brauchbar sind als Instrumente für eine konsequente politische Interessenvertretung der Arbeiterbewegung.

So steht die Arbeiterbewegung heute, am Vorabend der tiefsten Krise des Kapitalismus seit den 30er Jahren, politisch und organisatorisch weitgehend entwirrt da.

Nachdem wir jahrelang den Kampf um sozialistische Politik in der SPD geführt haben, ist in den letzten Jahren mit der Gründung der SAV 1994 der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei zum integralen Bestandteil unserer politischen Arbeit geworden.

Wir vertrauen nicht auf eine sozialistische Zukunft, sondern kämpfen für konkrete Verbesserungen und gegen Rückschritte. Wir verbinden dies mit dem Kampf um eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, weil die Geschichte zeigt, daß Reformen oder Verbesserungen auf Grundlage des Kapitalismus nie dauerhaft sind.

Dieser Rückblick wurde zusammengestellt von Ussel Beck und Angela Bankert

Demokratische Planwirtschaft

Planwirtschaft oder Marktwirtschaft entscheidet nicht über Diktatur oder Demokratie. Eine Planwirtschaft kann demokratisch sein oder diktatorisch, so wie eine Marktwirtschaft mit parlamentarischer Demokratie oder mit Militärdiktatur einhergehen kann.

Auch wenn die Bürgerlichen gern Marktwirtschaft und Demokratie in einem Atemzug nennen, so ist doch Tatsache, daß es in zahlreichen marktwirtschaftlichen Ländern Diktaturen gab und gibt (Lateinamerika, in früheren Jahren in Griechenland, Portugal, Türkei, Spanien, Deutschland unter dem Faschismus). Man kann sogar sagen, daß Marktwirtschaft ganz gut ohne Demokratie auskommen kann: Wenn Gewerkschaften und Opposition unterdrückt sind, lassen sich ungehindert Profite erzielen und die Marktwirtschaft funktioniert weiter nach ihren Gesetzen.

Planwirtschaft dagegen braucht Demokratie, damit entsprechende Bedürfnisse von Mensch und Umwelt gewirtschaftet werden kann. Planwirtschaft ohne Demokratie ist wie eine Klimaanlage ohne Regelung: Es muß unbedingt ein „Mechanismus“ her, um Effizienz und Produktivität zu gewährleisten. Dieser Mechanismus kann nur die demokratische Kontrolle durch Produzenten und Konsumenten selbst sein.

Eine demokratisch geplante Wirtschaft wird Leistungen weder am Parteibuch noch an der Unternehmensbilanz gegenüber Vorgesetzten anrechnen, weder Atomkraftwerke bauen, noch Heger 90 entwickeln und auch keine Trabis produzieren.

Die Wirtschaftsziele würden vielmehr durch demokratische Willensbildung von unten nach oben gesellschaftlich festgelegt. Im Betrieb, in jeder Branche, auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene – auf allen gesellschaftlichen Ebenen würden Diskussionen geführt, um eine Wirtschaftsgewaltorganisation im besten Interesse von Mensch und Umwelt zu gewährleisten.

Krise der Weltwirtschaft

= Krise des

Kapitalismus

Rot-Grüne Harte Zeiten

Von allen Seiten - nicht nur von Seiten der Unternehmer und ihrer Politiker und Parteien, auch von Seiten der Führung der Arbeiterinnen-Organisationen - war der Arbeiterinnenklasse in den neunziger Jahren einheimert worden, daß der Kapitalismus die beste aller Welten wäre. Diese ideologische Offensive half dem Kapital auch ihre Kürzungs- und Kahlshlagspolitik fortzusetzen und noch zu verstärken.

In Thailand, Südkorea, Indonesien und Malaysia haben die jüngsten Erschütterungen bereits zum Sturz von Diktatoren oder schweren Regierungsstürzen geführt. In Indonesien kam es mit dem Sturz von Suharto zu den ersten Anfängen der sozialen Revolution. Die Massen haben die politische Bühne betreten; laut dem „Guardian“-Tauschen beinahe täglich neue Parteien auf.

In den führenden kapitalistischen Staaten ist das Vertrauen in das bürokratische Establishment bereits erschüttert. Vor zwei Jahren nahmen in Belgien eine halbe Millionen Menschen am „Weiblen Marsch“ teil, an einem

Sturz der Berlusconi-Regierung

in Italien 1994 oder mit der Streikwelle im Öffentlichen Dienst von Frankreich 1995 kam es in Westeuropa zu einem Aufschwung von Streiks und Protestbewegungen in den letzten Jahren. Aber auch in den USA hat die Arbeiterinnenklasse mit dem UPS-Streik 1997 und dem Streik bei General Motors 1998 ihre Kampfkraft unter Beweis gestellt.

Die Zuspitzung des Regierungskonflikts zwischen PDS und RC (den beiden Parteien, die aus der früheren Kommunistischen Partei Italiens hervorgegangen waren) und der Bruch der Olivarienblockade zeigten, wie Arbeiterinnenparteien heute unter Druck kommen in einer Zeit, in der es keinen Spielraum mehr für soziale Reformen gibt, in der Reformen letztendlich nur noch mit revolutionärer Politik erkämpft werden können.

Der Beginn der weltweiten kapitalistischen Krise ist nicht auf einen Fehler in der bürokratischen Politik zurückzuführen. Es ist

Zahlen zur Weltwirtschaftskrise
Anfang der 30er Jahre:
Von 1929 bis 1933 machten 11000 von 25000 Banken in den USA pleite
Nach einer kurzen Konjunkturerholung Mitte der 30er Jahre schlichterte die amerikanische Wirtschaft 1937 wieder in eine Rezession. 1939 lag die Arbeitslosigkeit in den USA immer noch bei 17 Prozent. Erst der Krieg sorgte für Vollbeschäftigung (Quelle: Wirtschaftswochen, 8.10.1998)
In Deutschland ging die Industrieproduktion um 39 Prozent zurück. Auf dem Höhepunkt der Krise waren 30 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Beschäftigung.

Protest gegen die Korruption von Justiz und Staatsapparat im Fall des Kinderschänders Dutroix. In die etablierten Politiker und Parteien werden kaum noch Erwartungen gesetzt. In Japan erlitt die Liberaldemokratische Partei bei den Oberhauswahlen in diesem Sommer ihre größte Wahlniederlage seit Jahrzehnten. In Schweden gingen diesen Herbst zehn Prozent weniger zur Wahlurne als bei den Parlamentswahlen vor vier Jahren.

Es gibt keine automatische Wechselwirkung zwischen Wirtschaftskrise und Klassenkampf. In jedem Fall aber wird die Krise zu großen Entwicklungen im Bewußtsein von Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitlosen weltweit führen. Die Offenheit gegenüber sozialen Ideen wird zunehmen. Mit der Massenbewegung zum

ein Fehler im System. Das System heißt Kapitalismus. Dieses System hat Arbeiterinnen und Jugendlichen heute nichts anzubieten. Sozialistinnen haben die Aufgabe, in den kommenden Jahren für die Notwendigkeit und die Überlegenheit - von Gemeinereigentum an den Produktionsmitteln und demokratischer Planwirtschaft (nicht stalinistischer Mißwirtschaft) unter Einbeziehung aller in die Entscheidungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft in der Arbeiterinnenbewegung einzutreten.

Obwohl die Stimmung von vielen Wirtschaftsverbänden vor der Bundestagswahl rosarot gemalt wurde, zeigen sich bereits erste Alarmzeichen. Ruprecht Vondran, Präsident der Düsseldorf-Wirtschaftsvereinigung Stahl, beklagt „einen Wetersturz am Weltstahlmarkt“ („Der Spiegel“ 42/1998).

Aron Aram, Berlin

Nicht nur die Stahlindustrie, auch alle anderen Sektoren der BRD-Wirtschaft werden vom Sog der Weltwirtschaftskrise erfaßt werden. Schon in kurzer Zeit werden unter einer rot-grünen Regierung, die sich ganz der Marktwirtschaft verschrieben hat, Kämpfe anstreben, die die sozialen Proteste unter Kohl noch in den Schatten stellen werden.

„Kohl muß weg“ war der Schlachtruf der letzten Jahre: Ob beim Marsch auf Bonn 1996 oder bei den Bergarbeiter- und Bauarbeiterprotesten 1997. Nach 16 Jahren wurde Kohl als letzter „Dinosaurier“ des Neoliberalismus gestürzt. In der neuen Bundeshauptstadt in Berlin, konnte die CDU kein einziges Direktmandat mehr gewinnen.

In der ehemaligen DDR war die Bundestagswahl eine Abschweifung mit dem „Aufschwung Ost“. Laut dem „Spiegel“ 38/1998 unterstürzen nur noch 22 Prozent die Marktwirtschaft. Konnten CDU und FDP 1990 im Osten mit ungefähr 55 Prozent triumphieren, können sie am 27. September nur noch auf 31 Prozent.

Vor dem Hintergrund der tiefen Krise des BRD-Kapitalismus ist der weitere Niedergang der bürgerlichen Parteien vorprogrammiert. In der Union werden sich nicht nur die Spannungen innerhalb der CDU zuspitzen, sondern auch zwischen CDU und CSU. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die FDP, die nur noch in vier Landtagen vertreten ist, in den nächsten Jahren sogar vor ihrem Aus steht.

Im Zuge des Neformierungsprozesses im bürgerlichen Lager droht in den nächsten Jahren auch die Herausbildung einer neuen nationalischen und rechtsphobischen Partei. Im übrigen konnten sich auch die faschistischen Kräfte, vor allem die NPD über ihre Aufmärsche im Sachsen-Dreieck, im letzten haben Jahr weiter aufbauen. Auch wenn es ihnen an 27.9. nicht gelungen ist, Parlamentsitze zu erobern darf die Ge-

fahr von Rechts auf keinen Fall unterschätzt werden.

Wenig Freude

Das Wahlergebnis vom 27.9. war keine euphorische Zustimmung für Rot-Grün, sondern in erster Linie eine klare Absage an Kohl. Die neue Regierung von SPD und Grünen wird zwar nicht vom ersten Tag an unter Druck gesetzt werden wie das in Frankreich nach dem Wahlsieg von Jospin der Fall war. Es ist aber auf keinen Fall die gleiche Begeisterung zu erwarten, die es nach dem Wahlsieg von Tony Blair in Britannien unter Teilen der Arbeiterinnenklasse gab.

Von großen Veränderungen kann keine Rede sein. Am Wahlabend wurde Schröder von Henkel, Chef vom BDI (Bund der Deutschen Industrieellen), persönlich beglückwünscht. Die Darstellung der angekündigten Steuerreform als „institutionalisierung der Umverteilung von oben nach unten“ (Arbeitsgeberchef Hundt) hält auch das Organ des Kapitals, das „Handelsblatt“, für überzogen: „Nicht einmal bei der von Rot-Grün umworbene Zielgruppe der „durchschnittlichen Arbeitnehmerfamilie“ wird über die Jahre gerechnet viel Freude aufkommen“ (13.10.98).

Die Regierungspolitik von SPD und Grünen steht und fällt mit den wirtschaftlichen Aussichten für die BRD. Bereits in wenigen Monaten droht ein deutlicher Anstieg der Erwerbslosen, da die Kohl-Regierung im Sommer unter anderem Zehntausende in auf drei bis sechs Monate befristete Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen steckte. Die Öko-FDP-Politik der Grünen und die Schröder-SPD, die keine aktive Basis mehr in der Arbeiterinnenklasse hat, werden keine Auseinandersetzung mit dem Kapital eingehen.

SPD-Chef Lafontaine, lange als „Linker“ gesehen, war im übrigen derjenige gewesen, der bereits 1988 offensiv eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes forderte.

Henkel, Hundt und Co. werden sich nicht damit zufrieden geben, die eine oder andere mögliche soziale Reform abzuschwächen, sondern alles daran zu setzen, den in den letzten zwei Jahren begonnen Frontalangriff auf Arbeiterinnen und Arbeitlose (Abbau des Sozialstaates, Sparpaket und Flexibi-

lisierung) fortzusetzen. Aus

Sicht der herrschenden Klasse hinkt die BRD in Sachen Sozialabbau im europaweiten Vergleich noch hinterher. Vorbild für die deutsche Bourgeoisie ist die Fortsetzung des Thatcherismus unter New Labour.

„Benchmarkland (Vergleichsland) in Europa ist nicht Frankreich, sondern das von Tony Blair im Stil eines Wirtschaftsliberalen regierte Großbritannien. Dort liegt der Körperschaftsteuersatz zur Zeit bei 31 Prozent für Großunternehmen. In Großbritannien ist der Staat schlank. In Großbritannien liegt die Abgabenquote bei 31,5 Prozent gegenüber bei 42 Prozent“ („Handelsblatt“ vom 28.9.98). Gewerkschaftliche Rechte und soziale Sicherung wurden in Großbritannien beschnitten, wie in keinem anderen Land der EU.

Rot-Grün konfrontiert mit Rezession

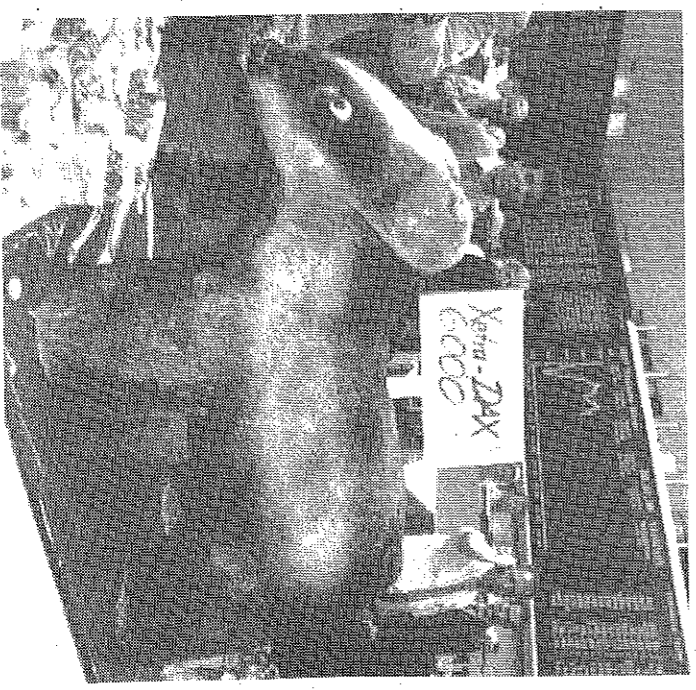
In der nächsten Rezession wird Rot-Grün nicht nur da weiter machen, wo die Kohl-Regierung aufgehört hat, sondern noch weitergehen. Auch wenn sich die BRD-Wirtschaft noch im Aufschwung befindet, wird die sich anbahnende Weltwirtschaftskrise auch die BRD erreichen. Überkapazitäten sind schließlich nicht nur in Asien sondern auch in der deutschen Wirtschaft aufge-

baut worden.

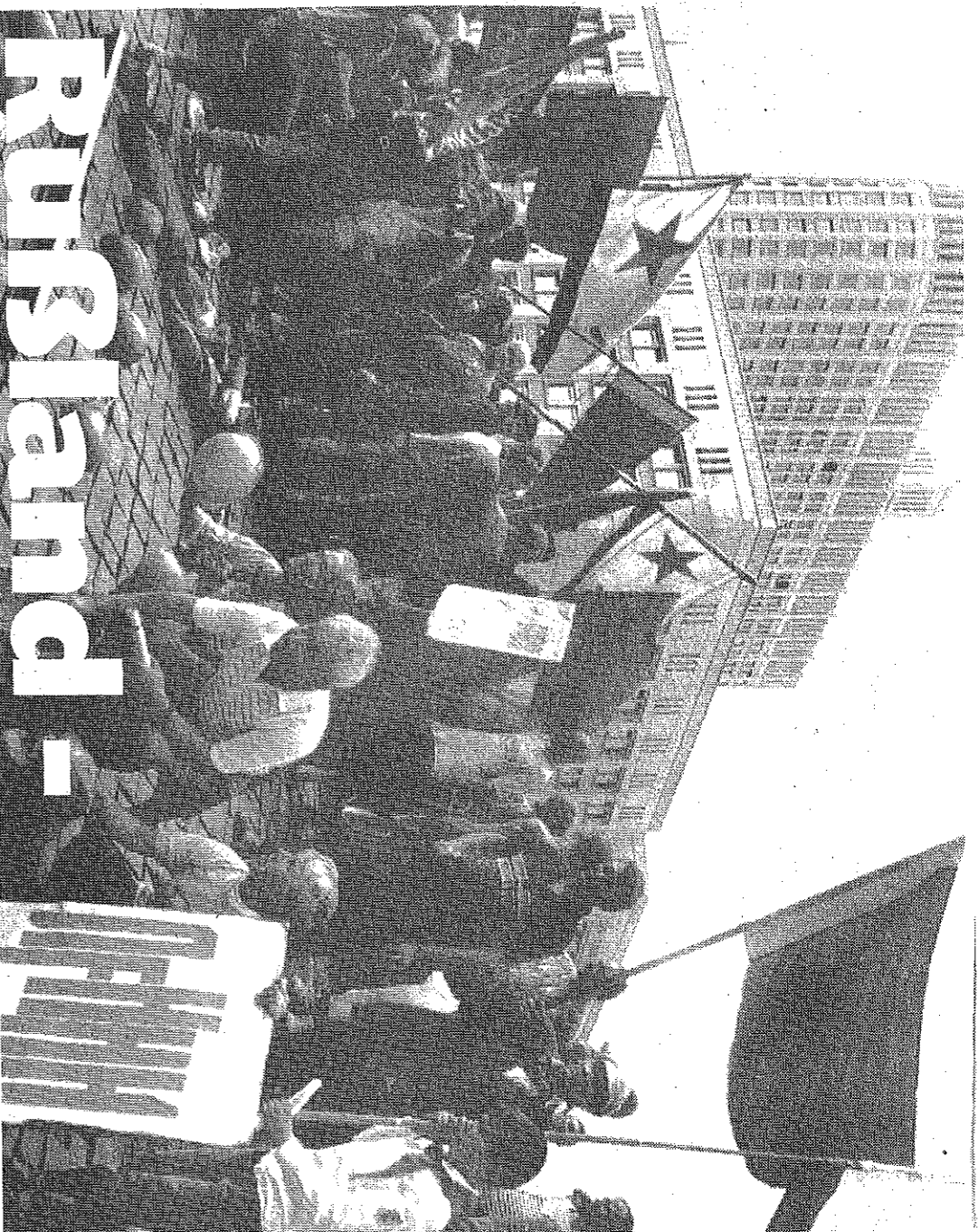
Angesichts einer härteren Gangart des Kapitals und dem ersten Weterleuchten der kommenden Rezession verfolgen SPD und Grüne mit dem Bündnis für Arbeit“ das Ziel, den Gewerkschaften die Hände zu binden.

Ein wichtiger Teil kämpferischer Aktivisten - auch im Westen - wird auf die PDS schauen, die sich bei den Bundestagswahlen stabilisieren konnte. Im Zuge der Regierungsverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern wird eine PDS, die ihre Anhängererschaft nicht gegen die Umverteilungspolitik von unten nach oben mobilisiert, jedoch weiter unter Druck geraten.

In der Endphase der letzten SPD-geführten Bundesregierung machten sich Hunderttausende auf, um in Bonn gegen das „Sparpaket“ der sozialliberalen Koalition zu demonstrieren. Damals wurden in der BRD unter der SPD zum Beispiel das erste Mal Kur- und Krankenhausaufenthalte vom Geldbeutel abhängige Entwicklungen wie 1982, werden in der vor uns liegenden Periode noch überoffen werden. Die zu erwartenden Streiks und sozialen Proteste unter einer rot-grünen Krisenregierung im Verlauf der nächsten Rezession werden dazu führen, daß die Unterstützung für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei deutlich wachsen wird.



Der Dax erreichte 6.000 Punkte, die Börse tanzte um das goldene Kalb. Das wird nicht die einzige Parallele zum Alten Testament bleiben: Der kommende Crash könnte apokalyptische Ausmaße annehmen.



Rußland- Wo ist der Ausweg?

Über ein halbes Jahrhundert bildeten die Republiken der früheren Sowjetunion die weitgrößte Macht der Welt. Heute ist die Wirtschaft Rußlands und der Nachbarstaaten am Boden. Acht Jahre nach der Wiedereinführung des Kapitalismus droht Rußland ein Hungerwinter.

Nachdem die Kapitalisten am Anfang der neunziger Jahre über das Ende der Sowjetunion triumphieren konnten, erweist sich ihr System heute, keine zehn Jahre später, als unfähig, die Wirtschaft in den früheren Sowjetstaaten weiterzuentwickeln. In den ersten Jahren dieses Jahrzehnts sahen bürgerliche Kommentatoren in der kapitalistischen Restauration Osteuropas und im Boom der "Tigerstaaten" Südostasiens Beweise für die angebliche Überlegenheit des Kapitalismus. Damit ist es vorbei. Beide Regionen stehen inzwischen genau für das Gegenteil: den Kapitalismus in der Krise.

Lohnrückstände und Versorgungskrise

Westeuropa und die BRD sind von der Krise Rußlands unmittelbar betroffen. Die deutschen Banken gehören mit über 50 Mrd. DM zu den größten privaten Gläubigern Rußlands. Nach dem Motto „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ sind aber über 90% davon mit staatlichen Bürgschaften abgesichert („Handelsblatt“ 17.8.98). Die Wiedereinführung der Marktwirtschaft in Rußland hat zu einem noch dramatischeren wirtschaftlichen Niedergang geführt als die Depression in den USA zwischen 1929 und 1933. Der ehemalige Moskau-Korrespondent der „Financial Times“, John Lloyd, schreibt in seinem Buch über Rußland, daß „die sowjetrussische Industrie den größten wirtschaftlichen Niedergang zu Friedenszeiten in

neunziger Jahre ist das Bruttosozialprodukt um 50 Prozent zurückgegangen. Die reale Wirtschaftskraft ist heute niedriger als die der Schweiz. In Indien haben die Menschen heute eine höhere Lebenserwartung als in Rußland. Zwei Millionen Kinder müssen auf der Straße leben. Es gibt kein soziales Netz mehr. Wer länger als ein halbes Jahr arbeitslos ist (bei einer Arbeitslosenquote von zehn Prozent), bekommt nur den Mindestlohn ausbezahlt, der bei zwanzig Prozent des Existenzminimums liegt. Der durchschnittliche Reallohn beträgt heute weniger als die Hälfte des Niveaus von 1990 (bei dieser Angabe des Statist-

rückgegangenen. Da auch die Ernte in diesem Jahr schlecht ausfiel, droht der Bevölkerung von 150 Millionen Menschen ein Hunger-Winter. Die herrschende Elite fürchtet ein neues „Indonesien“, „Nicht-fürlich habe ich Angst“, erklärt der Immobilienmakler Alexander Udaschin, „es ist jederzeit möglich, daß die Matrosen wieder marschieren“ („Sputnik“ Nr. 37/1998).

Der Rubel rollt nicht mehr

Nachdem die alte stalinistische Bürokratie die russische Wirtschaft in den achziger Jah-

Sozialistinnen in der Ex-UDSSR
Dem „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI), dem auch die SAV angehört, ist es gelungen, bereits in den letzten Jahren unter schwierigsten Bedingungen eine neue sozialistische Organisation in der Zeitung „Neue Avantgarde“ in Rußland und in den anderen Staaten der früheren Sowjetunion aufzubauen. Die kleine Gruppe von Revolutionären konnte im letzten Jahr schnell anwachsen und vor allen Dingen im jugendbereich Fortschritte erzielen. In diesem Sommer sind mehrere Bergarbeiter der Sektion des KAI beigetreten. Damit knüpft unsere Organisation an die Tradition der „Linken Opposition“ an, die in den 20er und 30er Jahren gegen die Diktatur Stalins kämpften und in die Bergbauregionen deportiert wurden. Sozialistinnen in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion treten für eine sozialistische Demokratie ein, für eine demokratisch geplante Wirtschaft, in der die gesamte Bevölkerung auf allen Ebenen in Wirtschaft und Gesellschaft das Sagen hat, und machen sich im Kampf gegen die Folgen der kapitalistischen Restauration stark für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei in der Ex-UDSSR.

schon Amt Rußlands sind die nicht ausgezahlten Löhne sogar mitgerechnet). Im September konnte Soldaten der Solid nur in Naturalkorn in Form von Mohrrüben ausgezahlt werden.

Vor der Finanzkrise der letzten Wochen kamen mehr als die Hälfte aller Lebensmittel und anderer Konsumgüter aus dem Ausland. Im September

Staatsausgaben ging in den Schuldendienst. Das internationale Kapital sieht Rußland vor dem Staatsbankrott. Steuerentnahmen bleiben aus, da sich die ökonomische und die politische Krise zugespielt hat. Mehr und mehr Unternehmer gehen auf Distanz zu Jelzin, dessen Position immer schwächer wird.

Mit dem Schulden-Moratorium konnte die russische Regierung Anfang Oktober zwar einen Teil der ausstehenden Löhne zahlen, kann aber nicht damit rechnen, daß ihr in Zukunft noch Kredite gegeben werden. Ein Banker erklärte, auf abschbare Zeit würden die Investoren lieber Atommüll fressen als russische Staatsanleihen zu kaufen.

Die neue Regierung unter Primakow ist dazu übergegangen, fehlendes Geld einzufachen zu drucken. Damit riskieren Primakow und Z e n t r a l b a n k e f Geraschtschenko aber eine Hyperinflation wie in Deutschland zu Beginn der zwanziger Jahre.

Die Finanzkrise Rußlands widerspiegelt letztendlich die Krise in der realen Wirtschaft. Der kapitalistische Aufschwung ist zu Ende, noch eher begonnen hatte - da die Wiedereinführung der Marktwirtschaft in der ehemaligen UDSSR zu einem Zeitpunkt kam, in der sich die kapitalistische Weltwirtschaft längst in ihrem Niedergang befand.

Abkehr vom Kapitalismus?

Der Sturz von Premierminister Tschernomyrdin markiert das Scheitern des bisherigen Privatisierungskurses. Die herrschende Elite Rußlands hat sich mehrheitlich dafür entschieden, die bislang verfolgte marktwirtschaftliche „Schocktherapie“ aufzugeben, um über mehr staatliche Kontrollen bei der kapitalistischen Restauration eine soziale Explosion abzuwenden.

Nachdem Mitglieder der Kommunistischen Partei in die Regierung eingetreten sind und der neue Vize-Premier, Masljkow (der sechs Jahre an der Spitze der sowjetischen Planungsbehörde Gosplan stand) verkündete, große Teile der Wirtschaft und die Mehrheit der Banken wieder zu verstaatlichen, titelte der „Sputnik“, „Abkehr vom Kapitalismus“. Davon kann leider keine Rede sein. Auch die kommunistische Partei unter Sjuganow, die ein Drittel der Kredite in Höhe von 11 Milliarden Dollar beschlossenen mit dem Ziel, eine solche Währungsabwertung zu verhindern.

Währungsabwertungen führen dazu, daß Importe teurer werden. Da Rußland 60 Prozent der Lebensmittel und sonstiger Konsumgüter importieren muß, wird diese Entschuldig die Inflation anheizen. Dazu kommt die Aussetzung der Schuldentilgungen für 90 Tage. Rußland hat ungefähr 150 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden. Ein Drittel der

Mafia-Kapitalismus

Obwohl die alte Bürokratie der UdSSR schon durch und durch korrupt war, stellt das Ausmaß der heutigen Korruption alles in den Schatten, was es vor 1989 gab. Selbst Jelzin beschrieb Rußland im Februar 1993 als „Mafistat im Weltmaßstab“. Die neue herrschende Klasse hat inzwischen über 100 Milliarden US-Dollar auf Privatkonten in den Westen geschafft. Die Bereicherung der russischen Oligarchie hat zu einer gigantischen Umverteilung geführt: 1990 betrug der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen noch 74 Prozent, heute sind es 43 Prozent. Demgegenüber stieg der Anteil der Unternehmerinkommen von 11,2 Prozent auf 42 Prozent im 1997 (laut Institut für Wirtschaftsforschung in Halle).

„Heißer Herbst“

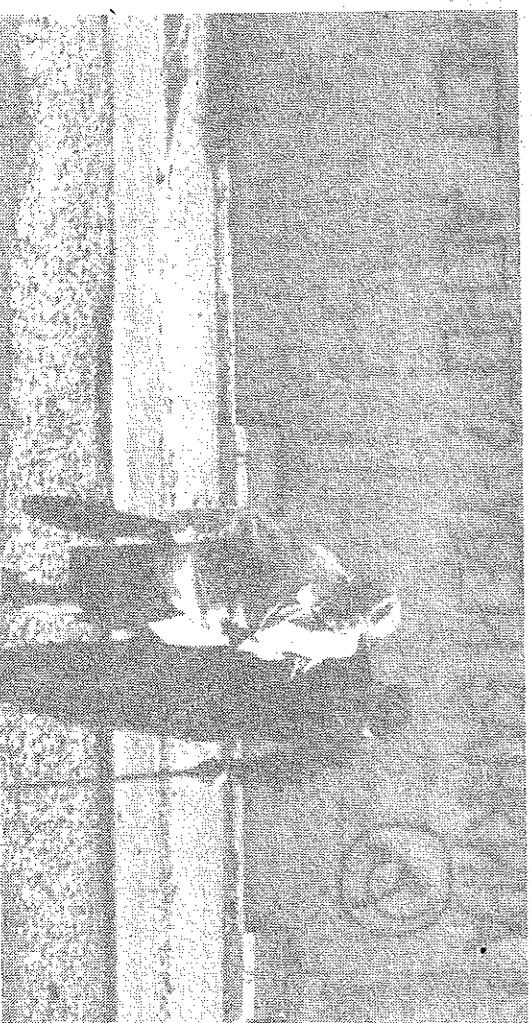
In den letzten Monaten haben Lehrpläne, Studierende und vor allem die Bergleute heftig gegen die unsozialen Folgen der kapitalistischen Krise protestiert.

Am 7. Oktober mündeten die Proteste in einem landesweiten Aktionstag, an dem mehrere Millionen Demonstranten in hunderten von Städte quer durch das ganze Land beteiligt waren. Leider hat derzeit keine einzige Partei in Rußland eine Alternative und eine Ausweg aus der Misere anzubieten. Jeder weiß, daß die Forderung der Gewerkschaften nach Neuwahlen allein nicht die Lösung sein kann.

Die Bergarbeiter stehen an der Spitze der Bewegung. Während sie Anfang der neunziger Jahre beim Putschversuch gegen Jelzin noch die Kraft in der Gesellschaft waren, unterstützen, sind sie heute, die sich mehr als alle anderen für den Sturz Jelzins stark machen. Während die Bergarbeiter 1989-91 noch offensiv die Privatisierung der Zechen forderten, treten sie heute für die Rücknahme der Privatisierungen ein. Das zeigt, in wie kurzer Zeit sich das Bewußtsein weiterentwickeln kann.

In der ehemaligen Sowjetunion ist der Widerstand gegen die kapitalistische Kontrovervolution größer als in anderen Teilen von Osteuropa - auch weil es nach wie vor ein hohes Bewußtsein über die Entmenschaften der Oktoberrevolution gibt. Das Wirtschaftsblatt „Interfax Aif“ fasste seine Meinungsumfrage vom November '97 mit den Worten zusammen: „Der Sozialismus lebt. In vielen Köpfen.“ Auch wenn es bei vielen keine Klarheit darüber gibt, daß der Stalinismus nur eine grausame Karikatur des Sozialismus war, weiß inzwischen eine Mehrheit, daß der Kapitalismus ihnen nichts anzubieten hat. In dieser Befragung hatten 49 Prozent eine positive Meinung über die russische Revolution von 1917.

Avron Amram



Kola Gaidz - Titat die Bankiers! steht in großen Lettern

Wie das Blutvergessen in Kosova stoppen?



Während Politiker der etablierten Parteien sich vor geuehneltem Mitleid für die Flüchtlinge im Kosova überschlagen, lassen sie weiterhin Flüchtlinge aus Deutschland abschieben.

Massaker und ethnische Säuberungen von Seiten Serben gegen die Kosova-Albaner nehmen kein Ende. Hunderte von Dörfern wurden niedergebrannt, Frauen systematisch vergewaltigt. Mehr als 300.000 Kosova-Albaner befinden sich inzwischen auf der Flucht. Ihnen droht bei Wintereinbruch ein Kampf ums nackte Überleben.

90 Prozent der Bevölkerung im Kosova sind Albaner. Ihnen sind alle Rechte genommen. Als Provinz Serbiens betreibt Milosevic die völlige Unterjochung des Kosova, um sich die reichen Bodenschätze in der Region zu sichern und in der strategisch wichtigen Region über einen Einflubereich zu verfügen. Die neue Kapitalistenklasse Serbiens stimmt weiter nationalistische Stimmungen, um von der sozialen Krise im eigenen Land abzulenken.

Von imperialistischen Militärinterventionen, egal ob im Namen der UNO oder der

NATO, ist keine Lösung des Konflikts zu erwarten. Es gibt kein Beispiel in der Geschichte dafür, daß NATO- oder UNO-Einsätze in irgendeinem Teil der Welt einen dauerhaften Frieden herbeigeführt hätten. Im Gegenteil. Warum sollten Clinton oder Schröder im Interesse der ArbeiterInnen und Bauern im Kosova handeln, wenn sie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in den USA oder in der BRD selbst mit Füßen treten?

NATO-Kriegseinsätze würden größtenteils die Zivilbevölkerung treffen, und wahrscheinlich die Position Milosevics und der nationalistischen Hardliner in Serbien stärken.

Die Hennelei des Westens schreibt zorn Himmel. Montenegro lang waren sie Zeugen der Vertreibung und Bombardierung der Bevölkerung im Kosova durch serbische Einheiten, ohne aktiv zu werden. Erst im Herbst dieses Jahres, als eine Ausdehnung des Konfliktes auf den ganzen Balkan

Regierungsbeteiligung spaltet Kommunisten

Nachdem die Prodi-Regierung Anfang Oktober eine Vertrauensabstimmung im Parlament 313 zu 312 verloren hatte, war Prodi zurückgetreten. Dies war eine unmittelbare Folge davon, daß die Partito della Rifondazione Comunista (PRC) der Regierung ihre Unterstützung angekündigt hatte.

Die im April 1996 an die Spitze der Mitte-Links Koalition gewählte Prodi-Regierung setzte eine Vielzahl von Maßnahmen zu Lasten der ArbeiterInnenklasse durch: massive Kürzungen bei öffentlichen Ausgaben und Renten, Fabrik-Schließungen und Privatisierungen von Betrieben, die vorher zum öffentlichen Sektor gehörten. All dies führte zu her zum öffentlichen Sektor gehörten. All dies führte zu generellen Verschlechterungen der Lebensverhältnisse für den größten Teil der Bevölkerung.

Die Arbeitslosigkeit stieg auf 3,5 Millionen, das sind erschreckende 11,9 % der Erwerbstätigen. All dies passierte, ohne Widerstand der Gewerkschaften, die sich nun um einen "Sozialpakt" mit dem Arbeitgeberverband Confindustria bemühen.

Die PRC unterstützte die Politik der Prodi-Regierung. Die PRC Ausnahme war die Außenpolitik, zu der sie sich im allgemeinen in Opposition befand. Aber eine Spaltung vollzog sich in der PRC zwischen denen, die Prodi unter allen Umständen unterstützen wollten (angeführt vom Parteivorsitzenden Cossutta), und denen, die einen Kurswechsel einforderten (mit Generalsekretär Bettinotti an der Spitze).

Nachdem das PRC-Nationalkomitee am 4. Oktober (mit 212 zu 117) beschlossen hatte, der Prodi-Regierung die Unterstützung aufzukündigen, entschied sich der Cossutta-Fügel dafür, Prodi im Parlament weiter mitzutragen. Das reichte nicht, um die „Olivenbaum-Koalition“ unter Prodi zu retten. Stattdessen führte es zur Spaltung der PRC. Cossutta gründete eine neue Partei, die Partei der Italienischen Kommunisten (PCI). 65% der PRC-Parlamentarier aber nur 10% der Aktivisten schlossen sich dieser Rechtsabspaltung an.

D'Alema, der Führer der Demokratischen Linken, hat ein neues Kabinett gebildet, in dem neben den Parteien der alten „Olivenbaum-Koalition“ auch die PCI und die konservativ-katholische UDR vertreten sind. Schon jetzt hat D'Alema deutlich gemacht, daß seine Regierung die Politik der Prodi-Regierung fortsetzen wird.

Der Bruch der PRC mit der arbeiterfreundlichen Politik der Prodi-Regierung kann zu einer Wiederbelebung der Partei führen und bietet die Möglichkeit, neue Schichten von ArbeiterInnen und Jugendlichen zu gewinnen.

Aber entscheidend ist jetzt, daß sich die PRC als fähig erweist, klipp und klar ein anti-kapitalistisches Programm im Interesse der arbeitenden Bevölkerung vorzulegen. Das setzt eine ernsthafte und kritische Auseinandersetzung mit der Parteilinie der letzten Jahre voraus. Der linke Flügel der von Anfang an gegen die Unterstützung der Prodi-Regierung war, feiert jetzt seinen Sieg. Die PRC organisiert einen Kongreß Anfang 1999, bei dem erwartet wird, daß der linke Flügel weitgehend erfolgreich sein wird.

Luciano Dondoro, Italien

drohe, machte sich bei den USA, Britanien und den anderen NATO-Kräften Panik breit, da sie eine Destabilisierung auf dem Balkan fürchteten. Die Verlogenheit des Imperialismus zeigt sich auch daran, daß sie eine vollständige Unabhängigkeit des Kosova ablehnen, weil das Unabhängigkeitsbestrebungen anderer nationaler Gruppierungen auftrieb geben könnte.

Rot-Grün rüstet für Kriegeinsätze

Am 16. Oktober beschloß der Bundestag die Beteiligung der Bundeswehr an möglichen NATO-Kriegseinsätzen im ehemaligen Jugoslawien. Schröder und der neue Außenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/ Die Grünen) hatten sich nach ihrem Besuch bei US-Präsident Clinton für diesen Beschluß stark gemacht. Unterstützung der Bundeswehr für Rot-Grün wird die Umrüstung der Bundeswehr fortgesetzt. Neue Waffenprogramme werden eingeführt. Der Radpanzer HNN-30, der Kampfabwehrbomber „Tiger“ und der Jagdbomber sollen kommen. Der Bau des Kampfflugzeugs „Eurofighter“ in der geplanten Stückzahl wird nicht in Frage gestellt. Der neue Verteidigungsminister Schöningh (SPD) will die Sollstärke der Bundeswehr von 340.000 Mann beibehalten.

Die sozialistische Alternative

SozialistInnen stehen auf der Seite der unterdrückten Bevölkerung im Kosova. Wir unterstützen ihr Recht auf Widerstand gegen Angriffe. Wir unterstützen ihr Recht auf Selbstbestimmung.

Nur die städtische und ländliche ArbeiterInnenklasse im Kosova kann, gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung Serbiens und der anderen Balkanstaaten, eine dauerhafte friedliche Lösung finden.

Wir sind gegen die reaktionären, nationalistischen und kapitalistischen Regimes von Serbien, Mazedonien und Albanien, oder einem der anderen Staaten in der Region. Sie handeln gegen die Interessen der Mehrheit im Kosova und ihrer eigenen Bevölkerung. Viele Dörfer im Kosova haben heldenhaft versucht, den serbischen Streitkräften Widerstand entgegenzusetzen und sind unter dem Banner der Befreiungsumme des Kosova, der UCK, organisiert. Leider haben die Führer der UCK kein klares Programm, das die Erwartungen der Bevölkerung im Kosova erfüllen könnte. Sie machen gemeinsame Sache mit prokapitalistischen, nationalistischen Parteien im Kosova und in Albanien, die darauf aus sind, zur neuen herrschenden Elite eines von Armut geplagten unabhängigen Kosova aufzusteigen. SozialistInnen treten für eine unabhängige starke ArbeiterInnen- und Bauernmiliz ein - demokratisch kon-

trolliert - um Milosevic zurückzuschlagen. Solch eine Arbeitermiliz könnte an die enttäuschten Teile der serbischen Wehrpflichtigen appellieren, und versuchen, Aggressors einen Keil zu treiben.

Arbeiternorganisationen sollten auch Verbindungen eingehen mit unabhängigen ArbeiterInnenorganisationen Serbiens, die in Opposition stehen zu Milosevics autoritärer Herrschaft und dem kapitalistischen Elend.

Auch wenn wir das Recht auf Selbstbestimmung für den Kosova unterstützen - auf kapitalistischer Grundlage wird das eine Fortsetzung von Armut und Konflikten bedeuten. SozialistInnen treten für ein sozialistisches Kosova ein - als Teil einer sozialistischen Föderation der Balkanstaaten auf freier, freiwilliger und gleichberechtigter Basis. Das hätte nichts gemeinsam mit dem ehemaligen stalinistischen Jugoslawien, das eine von der serbischen stalinistischen Elite dominierte Diktatur war.

Eine echte sozialistische Föderation würde ein Ende für den marktwirtschaftlichen Wahnsinn und für die herrschenden Kriegstreiber bedeuten. Eine demokratische Planung und Kontrolle der Ressourcen der Region durch die ArbeiterInnen selbst könnte den Lebensstandard grundlegend verbessern und ein friedliches Zusammenleben aller Nationalitäten ermöglichen.

Nigeria: Streik

Im Öffentlichen Dienst von Nigeria ist es zu einem „heißen Herbst“ gekommen. Gegen galoppierende Preiserhöhungen beim Heizöl lief eine Streikwelle 800.000 Beschäftigte konnten drastische Lohnerhöhungen erreichen. In Rivers State, im Osten Nigerias, traten Beschäftigte Anfang Oktober in einen unbefristeten Streik und verbarrikadierten das Staatssekretariat. Das Militär setzte gegen den Streik Panzer ein.

Am 7. Oktober wurde Ayodele Akele, Vorsitzender vom Rat der Industrie- und Gewerkschaften für den Öffentlichen Dienst vom Bundesstaat Lagos und führendes Mitglied der „Demokratischen Sozialistischen Bewegung“ (DSM), fristlos entlassen. Akele ist auch Gründungsorganisator der „Kampagne für unabhängige Gewerkschaften“ (CIU). Das Militär begründete die fristlose Kündigung damit, daß Akele bei der Pressekonferenz der gerade gegründeten DSM teilnahm und Ideen vertreten würde die „gegen die regionale und staatliche Regierung gerichtet“ wären.

Am 9. Oktober traten 80.000 Beschäftigte in einem unbefristeten Streik, um die Wiedereinstellung von Akele zu erreichen. Wegen dem Druck des Militärs und der Politik der Gewerkschaftsführung mußte der Streik jedoch nach einer knappen Woche beendet werden. Dennoch wird der Kampf zur Wiedereinstellung von Akele, für die Lohnenerhöhungen, für umfassende demokratische und gewerkschaftliche Rechte und für ein Ende der Militärherrschaft fortgesetzt.

Schweden: Erfolgreiche Wahlkampagne

Nachdem die sozialdemokratisch geführte Regierung in den letzten vier Jahren eine beispiellose Zerschlagung des Sozialstaates betrieben hat, kassierte sie bei den Wahlen zum Bundestag im September ihr schlechtestes Ergebnis seit 1972. Die Wahlbeteiligung war zehn Prozent niedriger als 1994. Die ehemalige kommunistische Partei, die Linkspartei, konnte ihren Stimmenanteil von 6 auf 12 Prozent verdoppeln. Aber auch sie hat in den letzten Jahren einen großen Teil der sozialen Kürzungen mitgetragen.

Die Wahlkampagne der Sozialistischen Gerechtigkeitspartei (RS - schwedische Schwesterpartei der SAV) war grundlegend anders als die Kampagne der etablierten Parteien. Sie war die einzige Partei, die konsequent gegen Sozialabbau und gegen die Diktatur des Marktes eintrat und KandidatInnen aufstellte, die bereit sind von einem durchschnittlichen ArbeiterInnenlohn zu leben. Die RS konnte die beiden bisherigen Stadtratsitze in Umea halten, und verpaßte den Einzug in vier weitere Rathäuser nur knapp. Im Wahlkampf verkarfite die RS 6.600 Wahlprogramme und gewann 121 neue Mitglie-



Mehrere hunderttausend SchülerInnen gingen im Oktober in ganz Frankreich auf die Straße. Sie protestierten gegen überfüllte Klassen, Lehrermangel, veraltete Ausstattung und Verfall der Schulgebäude.

Fast jeder/ macht sich Sorgen um die Zukunft. über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiter-Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht internationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minorität besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Da sie die Marktwirtschaft akzeptieren, werden Weltweit besitzen 358 Milliarden fast soviel wie den sie versuchen die Krisenlasten auf die Massen haben. Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelterstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von inner-gewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung *Voran* gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen,

GewerkschaftlerInnen, JungsozialistInnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Arbeitnehmer. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben müssen die Herrschenden versuchen uns gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig. Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neuanstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege, Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/r und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltschädlicher Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Neue Arbeiterpartei

Die Abwahl von Kohl war eine Ermütigung für die Mehrheit der Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen in Deutschland. Aber die Erwartungen der Bevölkerung werden unvermeidlich enttäuscht werden, da weder SPD noch Grüne bereit sind, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen. Da sie die Marktwirtschaft akzeptieren, werden sie versuchen die Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Eine kämpferische, sozialistische Arbeiterpartei ist nötig um erfolgreich Gegenwehr zu organisieren. Auch die PDS, immerhin mit dem Anspruch sozialistische Opposition zu sein, wird diesem Anspruch leider nicht gerecht. Sie Die SAV setzt sich in der Aktion für die größtmögliche Einheit der Linken ein und unterstützt jeden Ansatz zum Aufbau einer neuen Arbeiterpartei.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgebaut. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten
- ★ Abrüstung jetzt
- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stop von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Wir gedenken Pero Stamic, der nach einem langen Kampf gegen den Krebs gestorben ist. Sein Leben lang hat er sich für Gerechtigkeit und Menschlichkeit eingesetzt. Als Arbeiter hat er das kapitalistische System abgelehnt und sich ihm widersetzt. Er hat sich immer als Sozialist verstanden. Im vergangenen Jahr ist er, nach 20 Jahren Mitgliedschaft, aus der SPD ausgetreten und in die SAV eingetreten. Trotz seiner Krankheit hat er die Arbeit der SAV weiter genau verfolgt und uns aus vollem Herzen unter-

Spendenfonds

Weihnachtsgeld gut anlegen!

150 Millionen DM haben die etablierten Parteien im Bundeswahlkampf dafür verbraucht ihr schlechtes Produkt an den Mann und die Frau zu bringen. Seit dem Wahlag ist von ihnen auf der Straße weit und breit nichts mehr zu sehen. Im Gegensatz zu diesen Parteien geht es der SAV nicht bloß um Stimmen bei der Wahl. Wir versuchen ernsthaft eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus-Chaos aufzubauen. Die Wahlkampagne, die wir ausschließlich aus Spenden von Mitgliedern und UnterstützerInnen finanziert haben, hat uns dabei ein Stück weiter gebracht. Für unseren Aufbaufonds haben UnterstützerInnen in diesem Jahr schon fast 25.000 DM gespendet. Mit diesem Geld konnten wir Fahnen und Schirme produzieren und über 20.000 Plakate (mit Inhalten!) drucken und verkaufen.

Auch im Wahlkampf konnten die etablierten Politiker jedoch

den Tag ihre (kaum voneinander unterscheidenden) Programme via Massenmedien kundtun. Arbeiter und Jugendliche, die sich für ihre Interessen engagieren, kommen darin nicht zu Wort. Deshalb brauchen wir unsere eigenen Medien. Die SAV produziert die Zeitung *VORAN*, die über die Anliegen und Probleme der „kleinen Leute“ berichtet und sich kompromißlos für deren Interessen einsetzt.

In den nächsten Wochen wollen wir die *VORAN* inhaltlich und äußerlich weiter verbessern. Damit wir das machen können, muß die technische Ausrüstung in der Bundeszentrale dringend verbessert werden.

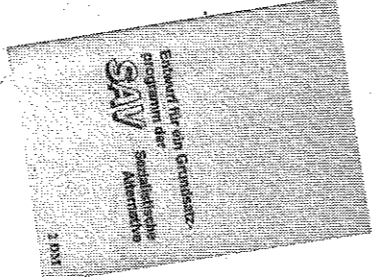
Ende November wird der Weltkongreß des „Komitees für eine internationale“, dem die SAV angeschlossenen ist, stattfinden. Unsere Internationale ist kein loser Zusammenschluß, sondern eine feste Organisation, die ein Programm und grundlegende Perspektiven gemeinsam diskutiert, beschließt und umsetzt. Der internationale Austausch und die Notwendigkeit für einen gemeinsamen Kampf über Ländergrenzen hinweg wird immer deutlicher. Bei einem demokratischen Kongreß darf sich die Teilnahme nicht nach dem Geldbeutel richten. Die deutsche Sektion trägt eine große Verantwortung, daß Delegierte aus ärmeren Ländern an dem Kongreß teilnehmen können.

Wir rufen alle Mitglieder, Sympathisanten und UnterstützerInnen der SAV dazu auf, eine möglichst große Spende für den weiteren Aufbau einer sozialistischen Alternative in Deutschland und weltweit zu leisten. Alle, die das Weihnachtsgeld noch nicht ganz gestrichen bekommen haben, sollten einen Teil davon an die SAV spenden. Das ist die beste Investition in eine lebenswerte Zukunft!

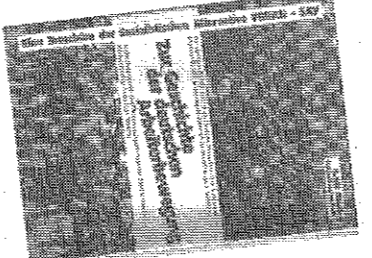
Spenden an: **Voran, Postbank Essen, Kto.-nr.: 2500 59-430, BIZ 360 100 43**

„Das Leben ist schön. Mögen es die kommenden Generationen von allem Übel, aller Unterdrückung, aller Gewalt befreien und es in vollem Maße genießen.“
(L. Trotzki, 1940)

Broschüren



Neu:
Das **Grundsatzprogramm der SAV** (Entwurf).
Das **Programm wird auf der Bundeskonferenz im April 1999 verabschiedet** werden.
16 Seiten,
DIN A 4, 2,- DM



„Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, **Voran-Artikelsammlung vom Versagen der SPD 1974 über den Faschismus bis zur Revolution/Kontrevolution in der DDR 1990**, DIN A 4, 50 Seiten, 4,50 DM

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Berlin

OG Tropow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbsthilfzentrum, Fernstr. 31, S-Bahnhof Schöneweide
OG Prenzlberg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonstr. 18a, S-Bahn Prenzlauer Allee
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro

Stuttgart

Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Höhe Str. 9
Infos unter Tel.: (0711) 242442

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19.00 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233

OG Nord: Mittwochs, 19.30 Uhr, Che-Haus, Poutstr. 41

OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Umwelt- u. Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1

Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro

Frankfurt/Main

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Bremehaven

Infos bitte in der SAV-Bundeszentrale erfragen

Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Weherschloß, Hasteder Osterdich 230.

Köln

Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04

Freiburg

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Kassel

Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9 223 522

Rostock

Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Angustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg), Infos unter Tel. (0381) 499 65 90 im SAV-Büro

Siegen

Mittwochs, 19.00 Uhr im Nordafrikanischen Verein, an der Unterführung 12 (neben der Motte), Infos, Tel.: (0271) 51 291

Dresden

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Hamburg

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Kiel

Infos über SAV-Bundeszentrale

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504: Darmstadt, Göttingen, Karlsruhe, Lübeck, München, Recklinghausen, Saarbrücken, Krefeld und Duisburg

VORAN

Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Tel.: 02 21/73 45 04 oder 73 46 04
Fax 02 21/73 72 80
e-mail: SAV@VORAN.AOL.COM

Überregionale marxistische Monatszeitung – Existent seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche RedakteurIn: Angela Banker
Erstveröffentlichung: März 1973
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindungen:
Postbank Esser (BIZ 360 100 43) Konto 2500 59 430

SAV in Aktion

Die SAV hatte bei der Bundstagswahl in vier westdeutschen Wahlkreisen Direktkandidatinnen aufgestellt. Uns war natürlich klar, daß wir als kleine Partei keine Chance hatten in den Bundestag zu kommen. Das Ziel unserer Wahlkampagne war, da alle etablierten Parteien nur noch Politik für die Reichen machen, die Notwendigkeit vom Aufbau einer neuen Arbeiterpartei möglichst breit bekannt zu machen und darüber mit den Leuten auf der Straße zu diskutieren. Wir wollten auf der einen Seite unser alternatives, sozialistisches Programm und die SAV darstellen, auf der anderen Seite jedoch auch die Einheit der Linken nicht spalten.

Dies haben wir durch unseren Wahlaufruf - Erststimme SAV (in vier West-Wahlkreisen) und Zweitstimme für die PDS ausgedrückt. Wir verzichteten damit u.a. bewußt auf einen Fernsehwerbungsspot und auch auf eine Kandidatur im Osten, da wir es als Niederlage für CDU, FDP, SPD und Grünen und deren antikomunistische Hetze ansehen, daß die PDS in den Bundestag eingezogen ist. Da wir die PDS aber auch kritisieren, wollten wir mit unserem Wahlkampf zeigen, was eine sozialistische Kraft, auch wenn sie noch klein ist, mit einem radikalen Programm erreichen kann. Wir haben sozialistische Ideen in die Praxis umgesetzt und schöne Worte mit Leben gefüllt. Unsere Plakate waren so zentral, daß die einzigen, die auch inhaltliche Forderungen und Ar-



Die SAV zeigte Flagge bei den Protesten gegen Arbeitslosigkeit

gumente transportiert haben. Zum Beispiel war unsere Antwort auf den Kassensturz schon vor der Wahl: Streichen bei den Reichen: 85 Milliarden sitzen auf 249 Milliarden DM, 100 Milliarden DM wären jährlich mehr in den Kassen, wenn die Unternehmer noch den gleichen Steueranteil von 1980 zahlen würden.“

Gegen die Nazis haben wir nicht nur geredet, sondern mit anderen zusammen ihre Parolen überklebt und ihre Veranstaltungen blockiert. 6 000 Plakate mit der Paro-

le „Stopp! Nazis und Rassist!“ mit der Forderung nach gleichen Rechten für alle wurden verteilt. Mitglieder aus vielen Orten führen nachKostock um gegen die Großkundgebung der NPD zu protestieren. In Rostock und Berlin wurden von SAV-Mitgliedern Gruppen von „Jugend gegen Rassismus in Europa“ aufgebaut. Wir waren die einzige Partei, die Internationalismus praktiziert hat und Spracher aus anderen Ländern einlud.

In Stuttgart haben wir den Wahlkampf damit verbunden, Widerstand gegen eine

Krankenhäuserfusion und gegen den Stellenabbau zu organisieren. In Aachen und Köln waren wir die einzige Partei, die den 7-wöchigen Streik der Bahreiniger unterstützte hat.

Alles in allem war es eine sehr gelungene Kampagne bei der wir neue Mitglieder gewinnen konnten und es geschafft haben uns stärker bekannt zu machen. Die Direktkandidatin in Aachen, Mirjam Alberti,

te Welt“ hervorging. Der Ex-Sekretär von Lambsdorff (FDP) meinte sogar: „Von den kleinen Parteien hat die SAV es als einzige geschafft, eine neue politische Persönlichkeit in Aachen bekannt zu machen.“

Kim Ogenorth,
SAV-Bundesleitung

Abonniert

Deine Zeitung lesen, verkaufen und dafür schreiben

VORAN

Ob „Bild“ oder Berliner Zeitung, Süddeutsche oder Stuttgarter Zeitung... eines haben alle Zeitungen gemeinsam: Es wird immer nur über uns aber nicht von uns berichtet.

Der Kommentar in einer großen Tageszeitung zu den Ergebnissen der Tarifverhandlungen von einer Krankenschwester oder einem Busfahrer geschrieben # undenkbar. Zum Thema Arbeitslosigkeit: kommen Minister, Pressesprecher, Unternehmer und Journalisten zu Wort, aber nicht die Arbeitslosen selbst. Kein Wunder, denn diese Zeitungen gehören privaten Konzernen und verbreiten deren Sichtweise. Sie geben vor, neutral zu berichten aber sie ergreifen Partei # und nicht nur die BILD-Zeitung.

Die VORAN dagegen ist eine Zeitung von und für Arbeitende und Arbeiterlose, Arbeitslose, AusländerInnen, Azubis, Arme,

und SchülerInnen und StudentInnen. Wir berichten regelmäßig über Streiks, Proteste, Demonstrationen, politische Ereignisse hierzulande und international. Die VORAN steht dabei immer auf der Seite derjenigen, die sich gegen die herrschenden Verhältnisse zur Wehr setzen. VORAN ist die Zeitung der SAV. Wir wollen nicht nur berichten, wir wollen dadurch etwas verändern.

Schreiben

Wir wollen die VORAN noch besser machen. Dazu brauchen wir die Mitarbeit aller LeserInnen. Jede/r sollte sich nicht nur als Konsument der Zeitung verstehen sondern auch als Produzent. Das heißt, jede/r sollte überlegen ob er/sie nicht mal einen Artikel für die Zeitung schreiben kann. Über Dinge die einem Stirnrecht findet, bei der Arbeit, an der Uni oder in der Politik. Wir brauchen auch Fotos von Demos oder anderen Aktionen. Und wir

brauchen Briefe/Leserbriefe über den Inhalt der VORAN # was gut war, was schlecht war.

ABO-Kampagne

Wir rufen auch alle auf, VORAN weiterzuverkaufen. In den nächsten Monaten wollen wir insbesondere neue Abonnenten werben. Alle LeserInnen sollten, sofern noch nicht getan, die Zeitung abonnieren und Freunden, Bekannten, KollegInnen ein Abo empfehlen. Ein Abo bietet sich auch als Geschenk zu Weihnachten oder anderen Anlässen an. Der Abo-Preis von 2,50 DM pro Ausgabe ist so niedrig, damit auch Menschen mit wenig Geld sich die Zeitung leisten können. Wir fordern aber alle bestehenden und zukünftigen Abonnenten auf, ein Abo mit einer regelmäßigen Spende an die SAV zu verbinden.



JA, ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25,- DM
- ein Förderabo mit einer monatlichen Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

(In Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name _____ Telefon _____

Adresse _____

Ich erteile VORAN e.V. eine Einzugsermächtigung über:

DM einmalig monatlich vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift _____

Kontotyp / Bank / BIC _____

Ort, Datum, Unterschrift _____

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI, engl. CWI - Committee for a Workers International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse:
CWI, PO Box 3688,
London E9 5QX, GB
Tel.: 0044/181/533 0201
Fax: 0044/181/985 0757
E-Mail: inter@fircon.co.uk



Die nächste Ausgabe der VORAN erscheint am 15. Dezember 98

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 200 November 1998

1.- DM Solidaritätspreis 3.- DM

Jubiläumsausgabe:
25 Jahre Kampf
für Sozialismus

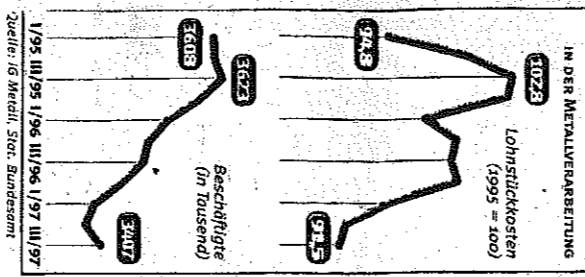
Nein zu neuem „Bündnis für Arbeit“

SPD-Grüne und die Gewerkschaftsführung wollen ein neues „Bündnis für Arbeit“ schmieden.

Hinter dieser wohlklingenden Floskel verbirgt sich das Zusammenreffen von Regierung, Arbeitgeber und DGB-Führung. Ziel sei, so die Beteiligten, gemeinsam die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Diese Idee, von Schröder im Wahlkampf bis zum Erbechen wiederholt und von den Gewerkschaftsspitzen massiv unterstützt, ist nicht neu.

Ende 95 machte IGM-Chef Zwickel der Regierung und den Arbeitgebern folgendes

KOSTEN RUNTER



Angebot: Die Regierung sollte auf weiteren Sozialabbau verzichten, die Unternehmer überstunden abbauen und Leute einstellen, im Gegenzug würden sich die Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen bescheiden zeigen. In der Folgezeit gab es etliche Kammingespräche im Kanzlerbungalow, wobei Schulte und Co. ein gemeinsames Papier unterschrieben wo sie direkt oder indirekt Kürzungen mittragen. So wurde etwa die Absenkung der Arbeitslosenunterstützung festgeklippt, mehr „Eigenbeteiligung“ der Versicherten im Gesundheitswesen unterstützt, sowie die alte Vorruhestandsregelung gekippt. Diese Kungeleien auf höchster Ebene öffneten „Bündnissen für Arbeit“ in den Betrieben Tür und Tor.

Sinulose Opfer

Egal ob Großkonzern oder kleine Kitzsche, das Ergebnis war faktisch immer das gleiche: Arbeitnehmer büßten Lohn ein, verzichteten auf betriebliche Sonderzahlungen oder arbeiteten länger ohne Lohnausgleich. Im Gegenzug sollten lediglich keine betriebsbedingten Kündigungen stattfinden. Das hinderte die Unternehmer und öffentliche Arbeitgeber, egal ob SPD oder CDU-geführt, nicht daran massiv Arbeitsplätze zu vernichten. Frei werdende Stellen wur-

den nicht besetzt. Kolleginnen und Kollegen wurden unter Druck gesetzt, mit Abfindungen ihren Arbeitsplatz zu räumen. Die Unternehmer haben sich die Taschen voll gemacht, die Kolleginnen weitere Einkommensverluste hinnehmen müssen und die Arbeitslosigkeit ist weiter gestiegen.

Als Dank für diese Kumpanei schob die Kohl-Regierung dann ihr Sparpaket nach, davor hatte sie mit ihrem Schmussekurs zwei Landtagswahlen gut überstanden.

Erst nach dieser Attacke sah sich der DGB unter dem Druck der Basis gezwungen im Juni 1996 hunderttausende Gewerkschafter nach Bonn zu mobilisieren. Das sollte aus Sicht der Gewerkschaftsführung nicht der Auftakt sein für den endgültigen Ausstieg aus der „Bündnis mit den Unternehmern“-Politik, sondern für verstärkte Appelle an den Gegner für neue Verhandlungen.

Kohl griff dieses Signal auf, um im Mai 1997 den Gewerkschaften neue Opfer abzuverlangen, diesmal für das „Bündnis für Arbeit Ost“. Bis zum Jahr 2000 hatten Kohl und Rexrodt jährlich 100.000 neue Stellen versprochen. Die Bilanz: 1997 gingen 165.000 Jobs verloren, für 1998 wird der Verlust von 88.000 prognostiziert. Gleichzeitig wurde mit dem Bündnis Ost Billiglöhnen und Tarifvertragsbruch Tür und Tor geöffnet. Im Mai

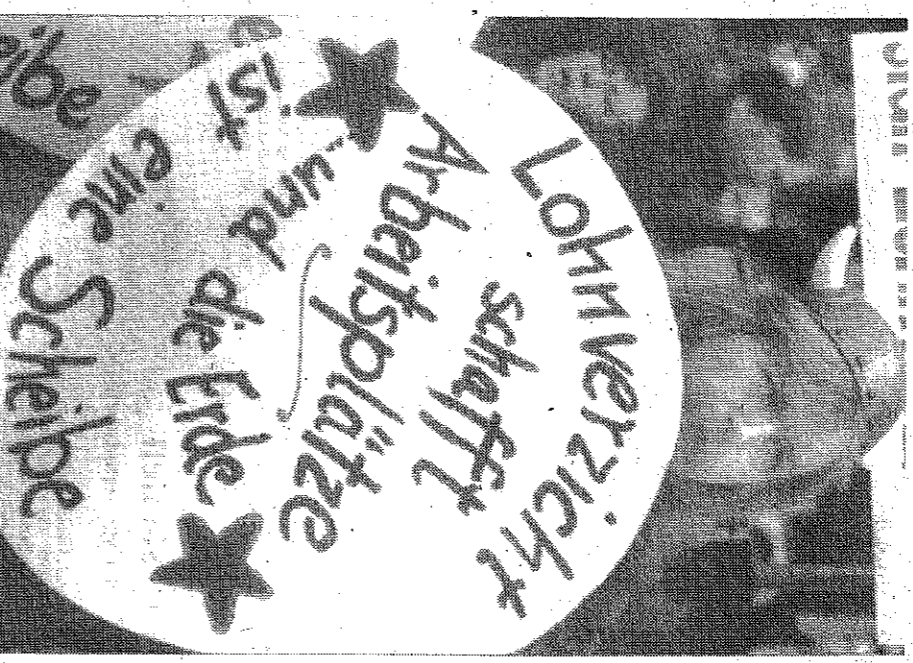
1998 sah sich die Gewerkschaftsführung gezwungen, das Bündnis Ost für gescheitert zu erklären.

Der Vorstoß von Zwickel ebnete also Regierung und Unternehmern für ihren Kürzungsweg den Weg. In Wirklichkeit war das „Bündnis für Arbeit“ ein Bündnis für Lohnraub, Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung.

Keine Neuaufgabe

Was hat sich seitdem so geändert, daß eine Neuaufgabe vielerortsprechend sein sollte? Eine neue Regierung und einhergehender Politikwechsel, sagen die Spitzenfunktionäre des DGB. Dabei wird bewußt unterschlagen, wie die Bündnispolitik mit dem Arbeitgeber SPD im öffentlichen Dienst in Ländern und Kommunen aussah: trotz Lohnverzicht der ÖTV wurden massenweise Arbeitsplätze abgebaut und weitere Arbeitsplatzvernichtung ist geplant. Allein im Rot-Grün regierten Land NRW sollen 22.000 Stellen in der Landesverwaltung und 4.000 ErzieherInnenstellen wegfallen.

Was die privaten Arbeitgeber betrifft, hat sich hier etwa etwas geändert? Nach wie vor pochen Henkel, Hundt und Co auf radikale Sozialkürzungen und verlangen von den Gewerkschaften als Vorbedingung für „Bündnis-für-Arbeit“-Verhandlungen den Ver-



zicht auf die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung.

Klassengegensatz

Die Erfahrung mit dem letzten „Bündnis-für-Arbeit“ zeigt erneut, daß es für die Beschäftigten und Arbeitslosen kein erfolgreiches Bündnis mit den Unternehmen geben kann. Es gibt nämlich einen unüberwindlichen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Die Arbeiterklasse hat nur die Möglichkeit durch Kampf ihre Lage zu verbessern. Dazu wurden Gewerkschaften aufgebaut. Wenn die Gewerkschaften aber den gewerkschaftlichen Kampf durch

Bündnisse ersetzen, dann nutzen die Unternehmer dies zu verstärkter Ausbeutung und Arbeitsplatzvernichtung.

Druck von Basis

Da von den Herren Spitzenfunktionären des DGB keine Umkehr zu erwarten ist, muß Druck von der Basis kommen um einen anderen Kurs durchzusetzen. Statt mit den Herrschenden zu flirten, muß die neue Regierung samt Unternehmern unter Druck gesetzt werden.

Ein erster Schritt in diese Richtung kann die kommende Tarifrunde sein.

Torsten Stings-IG-Metall - Betriebsrat

Tarifrunde 1999: Gewerkschaften in die Offensive!

Die ganze Erfahrung der 80er und 90er Jahre hat gezeigt, daß Lohnverzicht keine Arbeitsplätze sichert und erst recht keine schafft. Im öffentlichen Dienst wurden zwischen 1992 und 1996 400.000 Arbeitsplätze vernichtet. In der Metallindustrie gab es 1997 500.000 Beschäftigte weniger als 1991. Mit reduzierten Belegschaften wurde viel mehr produziert. Allein in der Metallindustrie ist die Produktivität von 1993 bis 1997 um 32,1% gestiegen.

Ursel Beck

Laut „metall“ 5/98 hätte dieser Produktivitätsanstieg eine verteilungsneutrale Lohnerhöhung von 36,6 Prozent (!!!) ermöglicht. Die Löhne sind in dieser Zeit aber nur um 13,4 Prozent gestiegen. Die Zeit der tarifpolitischen Zurückhaltung muß jetzt vorbei sein. Die Gewerkschaften müssen den Kampf aufnehmen für eine massive Reallohnerhöhung und für radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Volles Weihnachtsgeld

Für den Erhalt der 100%igen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat die Gewerkschaftsführung in der letzten Tarifrunde in 8 wichtigen Tarifbereichen den Unternehmern Urlaubs- und Weihnachtsgelds im Gesamtumfang von 15 bis 20 Milliarden DM hinterhergeschmissen. Nach dem Regierungswechsel und der Rücknahme der Kohlschen Kürzung der Lohnfortzahlung müssen jetzt auch alle tariflichen Kompensationen rückgängig gemacht werden.

Das Ergebnis der Bundestagswahl hat das Kräfteverhältnis zwischen SPD-Grüne und CDU als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst von Bund, Länder und Gemeinden entscheidend zugunsten von SPD-Grüne verschoben. Wenn sie jetzt mit dem Ärgernis der leeren Kassen in die Tarifrunde ziehen, muß ihnen entgegengehalten werden, daß Jahr für Jahr 100 Milliarden Mark mehr im Staatsäckel wärten, wenn der Anteil der Unternehmenssteuern am

Forderungen für die Tarifrunde 1999 Unser Vorschlag:

- * 500 Mark Festgeld für alle.
- * 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ohne Flexibilisierung oder Ausdehnung von Wochenendarbeit.
- * Volle Gleichstellung der Ost-Beschäftigten bei Löhnen, Arbeitszeit und allen anderen Tarifregelungen.
- * Garantierte Übernahme aller Azubis.
- * Rückgängigmachung aller Kompensationen für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- * Gemeinsamer Kampf von IGM, ÖTV, HBV und aller anderen Gewerkschaften, die gleichzeitig in der Tarifaussensatzung stehen.
- * Regelmäßige Vertrauensleute- bzw. Mitgliederversammlungen zum Stand der Tarifrunde.
- * Demokratische Entscheidung über Forderungen und Kampfmaßnahmen.
- * Voller Einsatz der Kampfkraft bis hin zum bundesweiten Vollstreik.
- * Nein zu Schlichtungsverhandlungen.
- * Kein Tarifausschluss ohne Urabstimmung unter den betroffenen Mitgliedern.

Gesamsteneraufkommen wieder auf den Stand von 1980 steigen würde.

Ein offensiver Tarikkampf aller Gewerkschaften ist auch das beste Mittel, um der Schröder-Regierung klar zu machen, daß die Arbeitnehmer nicht länger bereit sind den Gürtel enger zu schnallen und den Unternehmen jetzt die Rechnung für 16 Jahre Kohl-Regierung präsentiert werden muß. Die heranziehende Rezession darf nicht als Argument für weitere Lohnzurückhaltung akzeptiert werden. Die Krise der Weltwirtschaft zeigt vielmehr, daß die Gewerkschaften nicht beim Kampf für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit stehen bleiben dürfen, sondern dazu übergehen müssen ihre Kampfkraft für die Abschaffung des Profitsystems und der Diktatur des Marktes einzusetzen.

Druck machen

Ohne massiven Druck von der Gewerkschaftsbasis droht aber ein erneuter Ausverkauf in dieser Tarifrunde. Die IGM-

Führung hat über die Köpfe der Mitgliedschaft hinweg bereits im Vorfeld der Tarifrunde mit den Bossen festgelegt, daß im Osten die 38-Stunden-Woche und niedrigere Entlohnung als im Westen weiterbestehen. Und selbst eine bevorstehende Tarifierhöhung soll es im Osten erst mit einem Monat Verzögerung geben. Mit der 6,5%-Forderungsmarke will der IGM-Vorstand Diskussionen um 12 oder sogar 15%, wie sie laut „metall“ 10/98 derzeit an der Basis stattfinden von vornherein einen Dämpfer verpassen. Wie in der Vergangenheit werden die Gewerkschaftsführer bereit sein für ein paar Lohnprozente Zugeständnisse bei Flexibilisierung, Samstagsarbeit und Öffnungsklauseln zu machen. Deshalb ist es notwendig, daß sich die Gewerkschaftsbasis massiv in die Tarifrunde einschaltet.

Druck auf die Führung ausüben und sich kritische und kämpferische Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte zusammenschließen für einen gemeinsamen Kampf.